



Institut für Internationale Entwicklung, Universität Wien
Department of Development Studies, University of Vienna

ie.WorkingPaper

Der 'New Scramble for Africa' aus europäischer Sicht:
Eine Krise der Chain Governance wie in den 1970er
Jahren?

Lucile Dreidemy und Johannes Knierzinger



The ie.WorkingPaper series presents research carried out at or in partnership with the Department of Development Studies at the University of Vienna. The Department understands development research as a transdisciplinary field of knowledge that includes a wide range of epistemological, theoretical, and methodological approaches and perspectives. These approaches and perspectives should be compatible with and contribute to decolonial and emancipatory production of knowledge. Although there are a wide range of thematic and regional focuses, our research shares two commonalities: the centrality of researching processes and mechanisms that contribute to the production and reproduction of social inequality on the global, regional, and local level and a relational understanding of social, political, and economic transformations.

Editorial team: Antje Daniel, Judith Ehlert, Miriam Frauenlob, Alexander Hass, Alexandra Heis, Johannes Knierzinger, Natalie Luftensteiner, Cornelia Staritz

Managing editor: Alexandra Heis

E-mail: workingpaper.ie@univie.ac.at

Der 'New Scramble for Africa' aus europäischer Sicht: Eine Krise der Chain Governance wie in den 1970er Jahren?¹

Lucile Dreidemy und Johannes Knierzinger

Abstract

In den 2000er Jahren kam es zu einem starken Anstieg der Rohstoffpreise, der mit einem beträchtlichen politischen Spielraum für die Eliten in kapitalschwachen und ressourcenreichen Ländern einherging. Weltweit überprüften die Regierungen dieser Länder Bergbauverträge, schlossen Allianzen, drohten mit Verstaatlichungen (und gingen dann meist privatwirtschaftlich geführte Joint Ventures ein) und investierten die zusätzlichen Einnahmen zum Teil nachhaltig in Bildung und Sozialstaat. In den 1960er und 1970er Jahren lösten die dritte Welle der Entkolonialisierung und das "goldene Zeitalter" des Kapitalismus einen ähnlichen Ressourcenboom und damit einhergehende Beschaffungsengpässe aus. Wir gehen davon aus, dass die Parallelen zwischen den beiden Krisen nicht nur das Ergebnis ähnlicher politischer Konstellationen, sondern Teil politischer Strategien und Debatten sind. Viele Maßnahmen aus den 1970er Jahren sind in den 2000er Jahren wieder aufgetaucht und viele Pläne aus den 1970er Jahren wurden erst in den 2000er Jahren umgesetzt. Dies betrifft zum Beispiel private Schiedsgerichte, Public-Private Joint Ventures im Bergbau und den Aufstieg anderer privater Akteure als Entscheidungsträger (legitimiert durch „Soziale Unternehmensverantwortung“ und die Professionalisierung von NGOs) sowie die Deterritorialisierung von Produktionsnetzwerken. Während die 1970er Jahre noch vom Leitmotiv einer gerechten internationalen Arbeitsteilung geprägt waren, kam es in den 2000er Jahren zu einer wachsenden Regimekomplexität, die die weiterhin ungleiche internationale Arbeitsteilung zunehmend verschleierte. Das neue Leitmotiv der Transparenz spielte in diesem Prozess eine eher ambivalente Rolle.

Keywords: Rohstoffpolitik, internationale Arbeitsteilung, Transparenz, regime complexity, Neoimperialismus

Autor*inneninformation: Johannes Knierzinger ist Senior Lecturer für Entwicklungspolitik am Institut für Internationale Entwicklung an der Universität Wien.

Lucile Dreidemy ist Maître de conférences (associate professor) an der Universität Toulouse II und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien.

Kontakt: johannes.knierzinger@univie.ac.at, lucile.dreidemy@univie.ac.at

¹ Vielen Dank für die Kommentare von Charles S. Maier, Michael Homberg, Jos van den Akker, Ianna Hawkins Owen, Felipe Alfonso, Timothy Barker, Hans-Otto Frøland, Mats Ingulstad, Duncan Money und Felix Maile.

Abstract

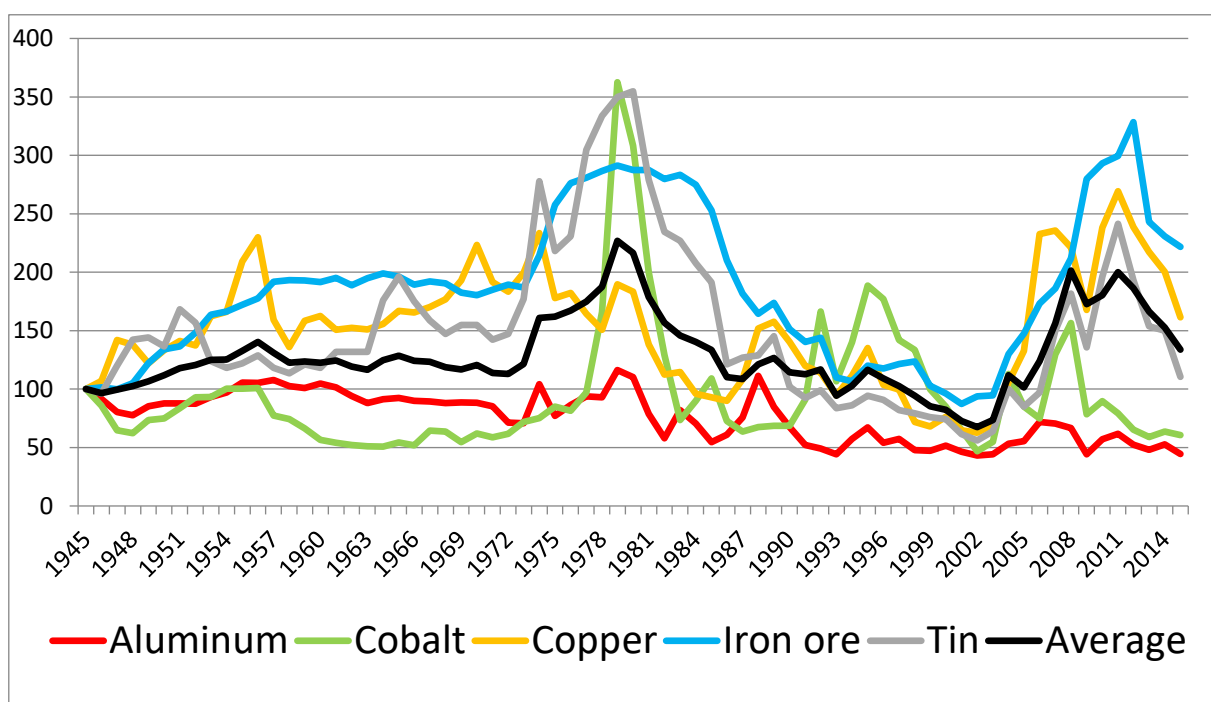
The 2000s saw a sharp rise in commodity prices that was accompanied by considerable policy space for elites in capital-poor and resource-rich countries. Governments of these countries reviewed mining contracts, formed alliances, threatened with nationalization (and then entered into mostly private sector-led joint ventures), and invested the additional revenues, in some cases sustainably, in education and the welfare state. In the 1960s and 1970s, the third wave of decolonization and the "golden age" of capitalism triggered a similar resource boom. We assume that the parallels between the two crises are not only the result of similar political constellations, but are part of long-term political strategies and debates. Many policies from the 1970s have resurfaced in the 2000s, and many plans from the 1970s were not implemented until the 2000s. This concerns, for example, private arbitration tribunals, public-private joint ventures in mining and the rise of other private actors as decision-makers (legitimized by "corporate social responsibility" and the professionalization of NGOs), and the deterritorialization of production networks. While the 1970s were still characterized by the leitmotif of an equitable international division of labor, the 2000s saw growing regime complexity that increasingly obscured the persistently unequal international division of labor. The new leitmotif of transparency played a rather ambivalent role in this process.

Keywords: Resource policy, international division of labor, transparency, regime complexity, neo-imperialism

1. Einleitung

In den 2000er Jahren kam es zu einem starken Anstieg der Rohstoffpreise, der mit einem erheblichen politischen Spielraum der Eliten in kapitalarmen und ressourcenreichen Ländern einherging. Weltweit prüften die Regierungen dieser Länder Bergbauverträge, schlossen Allianzen, drohten mit Verstaatlichungen (und gingen dann meist privat geführte Joint Ventures ein) und investierten die zusätzlichen Einnahmen in einigen Fällen auch nachhaltig in Bildung und soziale Dienste (IMF Direct 2018). Diese Entwicklungen können für mindestens 15 afrikanische Länder bestätigt werden.² In den 1960er und 70er Jahren löste die dritte Welle der Dekolonisierung und das "goldene Zeitalter" des Kapitalismus einen ähnlichen Ressourcenboom und damit einhergehende Beschaffungsengpässe aus (siehe Abb. 1).

Abb. 1: Preisentwicklung ausgewählter Metalle (1945=100)



(USGS 2019)

Beide Ressourcenhaussen wurden durch ein Zusammenwirken von hoher Nachfrage und einigen wenigen politischen Entscheidungen (etwa das OPEC-Ölembargo während des Jom-Kippur-Krieges und die chinesischen Exportbeschränkungen in den 2000er Jahren) ausgelöst und beide wurden durch Spekulationen verschärft (Crowson 2008: 361). Obwohl die Ähnlichkeiten der beiden Haussen wiederholt festgestellt wurden (Buijs/Sievers 2012; Crowson 2008: 202; Humphreys 2013: 40; Taylor 2014: 128), ist bisher noch kein systematischer Vergleich vorgenommen worden.

Zuletzt löste Chinas Wirtschaftswachstum im Zusammenhang mit der Entscheidung Pekings, seine Rohstoffexporte zu beschränken, ein so genanntes "Kriegsspiel" (République française 2008: 292),

² Burkina Faso, Demokratische Republik Kongo, Ghana, Guinea, Malawi, Mali, Liberia, Tansania, Sierra Leone, Sambia (Katz-Lavigne 2017: 29), Südafrika (Prichard 2009: 268), Angola (Economic Commission for Africa und African Union 2013: 99), Mauretanien, Mosambik und Simbabwe (Knierzinger 2016).

einen "Zweiten Kalten Krieg" (Grillo 2007) oder, in Bezug auf den afrikanischen Kontinent, einen "New Scramble for Africa" aus (Southall/Melber 2009). In der EU waren die meisten Rohstoffreserven bereits in den 1970er Jahren erschöpft, die ausländischen Direktinvestitionen im Bergbau wurden in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts stark reduziert, und die in Europa verbliebenen Minen und Betriebe müssen sich an immer strengere ökologische (und zum Teil auch soziale) Standards halten. Als China seine Exporte von Seltenen Erden und anderen Rohstoffen einschränkte, wurde diese besondere Abhängigkeit wieder deutlich.

In Anlehnung an commodity-zentrierte Ansätze (Bair 2010; Dicken et al. 2001; Cattaneo et al. 2010) sowie deren Anwendungen in der Rohstoffindustrie (Bridge 2008; Pichler et al. 2016) – die wir mit aktuellen Diskussionen in der Globalgeschichte (Maier 2006; Middell/Naumann 2010; Beckert 2017) in Verbindung bringen werden – schlagen wir vor, diese beiden Perioden als Krisen der „Chain Governance“ (Kettensteuerung) zu bezeichnen, die zu einer Neuverhandlung des Verhältnisses von Rohstoffproduzent*innen und –konsument*innen und damit zu einer Infragestellung der internationalen Arbeitsteilung führten. In der Analyse ergaben sich viele Parallelen zwischen den beiden untersuchten Zeiträumen, was unter anderem daran lag, dass in den 2000er Jahren viele Pläne der Europäischen Kommission aus den 1970er Jahren reaktiviert wurden (Buijs/Sievers 2012; Raffer 2002). Unter anderem scheint das auch mit persönlichen Kontinuitäten zusammen zu hängen. Insofern als die beiden Krisen nur etwa 40 Jahre auseinanderlagen, waren nicht wenige Akteur*innen der 1960/70er Jahre in den 2000er Jahren immer noch aktiv.

Vor einigen Jahren ging eine Reihe von Ökonom*innen davon aus, dass steigende Rohstoffpreise die *Terms of Trade* zwischen rohstoffexportierenden Staaten und Industrieländern nachhaltig verändern und damit das empirische Rückgrat der Dependenztheorie widerlegen würden (Kaplinsky 2006; Jäger/Leubolt 2011; Humphreys 2013: 11–12). Dasselbe wurde bereits während der Ölkrise in den 1970er Jahren vorhergesagt. Die Nachwirkungen von 1973 haben jedoch gezeigt, wie weitreichend die Konsequenzen einer permanenten Erhöhung der Rohstoffpreise sind und wie vielfältig die Gegenmaßnahmen, vor allem seitens der verarbeitenden Industrie und der Industrieländer. Der Höhepunkt der Rohstoffpreise in den 1970er Jahren wurde durch die Bildung von Kartellen wie dem CIPEC (*Conseil intergouvernemental des pays exportateurs de cuivre*) und der IBA (*International Bauxite Association*) eingeläutet und begleitet. Mit diesen Kartellen wurde versucht, den Erfolg der OPEC zu wiederholen. Die Reaktion der transnationalen Bergbauunternehmen bestand darin, Risiko zu minimieren, indem sie die Produktion in OECD-Mitgliedsländer verlagerten und globale Produktionsnetzwerke verkomplizierten und diversifizierten. Die Europäische Kommission reagierte mit einer Reihe von Maßnahmen, die auf die Aufrechterhaltung von Investitionen in risikoreichen Regionen abzielten, finanzierte Exploration in den ehemaligen Kolonien, unterzeichnete Investitionsverträge mit diesen Ländern, entwickelte Preis- und Produktionsstabilisierungsprogramme, investierte in Recycling, Substitution und Rohstofflager und instrumentalisierte zur Gewährleistung von Ressourcensicherheit die Entwicklungshilfe.

In den 2000er Jahren führte die Entscheidung der chinesischen Regierung, ihre Rohstoffexporte zu beschränken, zu ähnlichen Reaktionen, die im Rahmen der Europäischen Rohstoffinitiative – hauptsächlich in Anlehnung an die 2005 angekündigte deutsche Rohstoffstrategie (Custers 2013: 54–

55; Küblböck 2014) - zusammengeführt wurden. Dies führte unter anderem zum Verbot von Exportbeschränkungen in neuen Handelsabkommen und zu Forderungen nach WTO-Konsultationen. Letzteres geschah erstmals 2009, als die EU, die USA und Mexiko Beschwerde gegen chinesische Exportbeschränkungen für neun Rohstoffe, darunter Bauxit, gelber Phosphor und Mangan, einreichten (European Commission 2012; WTO 2013). Im Jahr 2010 veröffentlichte die EU einen Bericht über 14 kritische Rohstoffe, deren stetiger Zugang durch offene Märkte, neue Minen in Europa und eine bessere Ressourceneffizienz gesichert werden sollte (European Commission 2010). Auch wenn die Abhängigkeit der Europäer*innen von Rohstoffimporten aus Afrika besonders hoch ist, waren sie bei weitem nicht die Einzigen, die ihre Aufmerksamkeit (wieder) auf diesen Kontinent richteten. Gleichzeitig nahmen Investitionen aus Schwellenländern und den USA stark zu. Im Jahr 2000 verabschiedete der US-Kongress den „African Growth and Opportunity Act“, der innerhalb von 10 Jahren zu einer Verfünffachung der Importe aus dem afrikanischen Kontinent (fast ausschließlich Rohstoffe) führte und von den teilnehmenden afrikanischen Ländern verlangte, sich der amerikanischen Außenpolitik nicht zu widersetzen (Mann 2003: 74; Melber 2009: 63–68). Darüber hinaus erhöhten die USA ihre Militärausgaben in Afrika (Abramovici und Stoker 2004). Dieser erneute internationale Wettbewerb um afrikanische Ressourcen ist der Hauptgrund, warum viele Kommentatoren den Begriff „New Scramble for Africa“ verwenden und sich damit auf die imperialistische Aufteilung des afrikanischen Kontinents im 19. Jahrhundert beziehen (Southall/Melber 2009: 685).

2. Theoretischer Zugang: Die Konstruktion von sozialer Komplexität als politische Strategie

Dieser Beitrag ist das erste Ergebnis eines laufenden Projekts zum Vergleich der Ressourcenbooms der 1970er und der 2000er Jahre aus einer europäisch-afrikanischen Perspektive. Wir möchten herausfinden, (1) wie die europäische Industrie auf die „Krise der Chain Governance“ reagierte, indem sie ihre Lieferketten umstrukturierte, und (2) wie sich die widersprüchlichen Interessen in Europa bei der Formulierung neuer politischer Initiativen und Programme zur Ressourcensicherheit auswirkten. Punkt eins beinhaltet ein Mapping der sich verändernden globalen Produktionsnetzwerke von wichtigen Metallen. Wir möchten uns dabei vor allem auf die wichtigen Metalle des sogenannten *Système de Développement du potentiel minier* (SYSMIN) von Lomé II (siehe unten) konzentrieren: Aluminium, Kupfer, Kobalt, Eisen und Zinn. Punkt zwei beinhaltet eine Diskussion der jeweiligen Maßnahmen und Gegenmaßnahmen afrikanischer und europäischer Akteur*innen sowie die Dokumentation der Prozesse (öffentliche Diskussionen, Konsultationen, Lobbying), die zu neuen europäischen Regelungen und Gesetzen geführt haben.

Ein wesentliches vorläufiges Ergebnis der Analyse dieser Prozesse ist das Paradoxon, dass es in beiden Phasen Bemühungen gab, die EU-Afrika-Beziehungen zu verkomplizieren und transparenter zu machen – und das in vielen Fällen durch dieselben Akteur*innen. Im Folgenden werden wir einen kurzen Überblick über die vorhandene wissenschaftliche Literatur zum Zusammenhang von sozialer Komplexität und Hegemonie geben.

Der Topos der Komplexität ist ein weiteres Element der 1970er Jahre (Leendertz 2019), das in den 2000er Jahren wiederaufgetaucht ist (Henning 2019: 26–27; Williams/Browning 2020). Mitte der

1970er Jahre, zu Beginn der heute so genannten zweiten Globalisierungswelle, warnten einflussreiche Intellektuelle wie John Ruggie (1975) und Samuel P. Huntington (Crozier et al. 1975) davor, dass die zunehmende gesellschaftliche Komplexität zum Ende von "Regierbarkeit" und demokratischer Partizipation führen würde. Ähnliche Überlegungen führten zur Diskussion von "institutioneller Entropie" (Auster 1974; Maier 15.10.2018), und einige Jahre später wurde diese Diskussion auch von Philosophen wie Jürgen Habermas aufgegriffen, der von der "neuen Unübersichtlichkeit" sprach (Habermas 1985: 144). Dieses Unbehagen schien jedoch nicht sehr lange angehalten zu haben, und sein Verschwinden ist etwas rätselhaft: Die Historikerin Ariane Leendertz argumentiert, dass das Argument des Kontrollverlustes sehr bald als überholter Positivismus und "utopischer Rationalismus" abgetan wurde. Der Aufstieg des Poststrukturalismus scheint hier eine wichtige Rolle gespielt zu haben – wobei Leendertz die damit aufkommende Kritik des Funktionalismus in ihrem Artikel nicht erwähnt (Leendertz 2019: 50).

In den 2000er Jahren tauchten ähnliche Diskussionen unter den Begriffen "Komplexitätstheorie" (Byrne 2014; Byrne 2019; Walby 2003) und "Regimekomplexität" (Alter/Meunier 2009) wieder auf und auch im politischen Diskurs findet der Topos wieder Verwendung. So schrieb etwa der konservative Historiker Niall Ferguson 2016 mit Verweis auf den Wahlsieg von Donald Trump im Boston Globe: „The biggest danger of all should now be obvious. The more complex our systems become, the more voters yearn for simplifiers.“ (Ferguson 03.10.2016)

Akademische Anwendungen der "Komplexitätstheorie" stützen sich meist auf wissenschaftliche Komplexitätsstudien, die mit dem Santa-Fe-Institut und dem Physikochemiker Ilya Prigogine in Verbindung stehen (Ferguson 2010). Die Konstruktion von Komplexität als politische Strategie scheint in diesem Literaturkorpus keine Rolle zu spielen (cf. Walby 2003). Die Diskussionen über "Regimekomplexität" kommen dieser Idee näher. Anfang der 2000er Jahre argumentierten einige Wissenschaftler*innen, die sich mit Themen wie internationalem Handel, Menschenrechten und globaler Umweltregulierung befassten, dass die zunehmende Regimekomplexität, die hauptsächlich als zunehmende Überschneidung von Regeln und internationalen Foren verstanden wurde, die Wirksamkeit der internationalen Zusammenarbeit untergrub (Henning 2019: 27) und mächtige Akteur*innen privilegierte. So argumentierte der Politikwissenschaftler Daniel W. Drezner, dass (1) schwächere Staaten mit den steigenden Komplexitätskosten zu kämpfen haben (z.B. Expert*innen wie Jurist*innen), dass (2) die normenschaffende Funktion internationaler Regime durch zunehmende institutionelle Überlappung verwässert wird und (3) dass die Zunahme von "Brennpunkten" die Effizienz der Regime verringert. Auf Basis dieser Überlegungen kam er zum Schluss, dass zu viele sich überlappende Gesetze paradoxerweise zu einer Situation der Gesetzlosigkeit oder Anarchie tendieren, in der ein hobbescher Realismus wieder die Oberhand über multilaterale Entscheidungsfindung gewänne (Drezner 2009: 66–67). Diese Darstellung internationaler Beziehungen erinnert stark an den Begriff der "Sedimentation", mit dem zunehmend widersprüchliche Regelwerke (präkoloniale, koloniale und postkoloniale) in afrikanischen Gesellschaften beschrieben werden (Bierschenk 2010; cf. Maier 2006: 35–38).³

³ Maier vergleicht den europäischen Feudalismus mit aktuellen Formen der Territorialisierung.

Laut Henning war diese pessimistische Interpretation der "Regimekomplexität" jedoch immer der Standpunkt einer Minderheit und wurde bald durch überwiegend positive oder zumindest weniger normative Interpretationen ersetzt (Henning 2019: 26–27). So wie in den 1970ern scheint die Furcht, die Kontrolle zu verlieren, bald wieder der Aufforderung gewichen zu sein, sich an die neue "global condition" anzupassen (cf. Grabel 2017; Henning 2019), mit dem Verweis darauf, dass Komplexität hauptsächlich eine unvermeidliche Nebenwirkung der Globalisierung ist und "uns reich macht".⁴ In diesem Beitrag versuchen wir an die kritische Diskussion von sozialer Komplexität anzuknüpfen und die angeblich unvermeidliche Verbindung von Wohlfahrt und ständig wachsender Komplexität zu hinterfragen, ohne in einen technokratischen Funktionalismus zu verfallen. Dazu schlagen wir als Behelfsbegriff das unschöne Neuwort "Komplexifizierung" vor. Die Diskussionen über "Regimekomplexität" konzentrieren sich fast ausschließlich auf das Verhältnis von Staaten und internationalen Organisationen. Im Folgenden versuchen wir zu zeigen, dass Komplexifizierung als Machterhalt viel weiter gefasst werden sollte. Der Zusammenhang von sozialer Komplexität und gesellschaftlicher Ungleichheit zeigt sich auch im Aufstieg der Finanzindustrie, der globalisierten Produktion, der Privatisierung und "Technokratisierung" politischer Entscheidungsfindung in Form von „Runden Tischen“ und *Corporate Social Responsibility* sowie anhand verschiedener anderer Kontroll- und Bewältigungsstrategien transnationaler Unternehmen und anderer Akteur*innen. Durch die Erweiterung des Umfangs der Analyse kann das Thema der Komplexität mit aktuellen Diskussionen der Politischen Geographie und der Globalgeschichte in Beziehung gesetzt werden. Aus heutiger Sicht passt die Furcht vor politischem Kontrollverlust in den 1970er Jahren gut in die Erzählung vom sogenannten Niedergang des Nationalstaates, der mit einer abnehmenden Bedeutung dessen einhergeht, was James Scott "state simplifications" nannte (Scott 1998: 3). Dieser Niedergang des Staates wird oft mit dem Aufstieg des Neoliberalismus in Verbindung gebracht, der unter anderem zu einer abnehmenden politischen „Handlungsbereitschaft“ der Gesellschaft geführt habe (Habermas 1985: 144).⁵ Arbeiten aus der Politischen Geographie (und aus anderen Bereichen) der letzten zwei Jahrzehnte haben jedoch gezeigt, dass es bei der Globalisierung nicht nur um „Deterritorialisierung“ geht. Vielmehr verweisen Konzepte wie politisches "rescaling" (Brenner 1997: 12–13) oder „décharge politique“ (Hibou 1999: 6–15; Mbembe 1999: 80) – man könnte diesen Begriff mit „politischem Outsourcing“ übersetzen⁶ – auf gezielte Strategien politischer und wirtschaftlicher

⁴ Siehe z.B. The Economist in Graeber 2018: 158f.

⁵ Habermas schreibt: „Die Zukunft ist negativ besetzt; an der Schwelle zum 21. Jahrhundert zeichnet sich das Schreckenspanorama der weltweiten Gefährdung allgemeiner Lebensinteressen ab: [...] Die Antworten der Intellektuellen spiegeln nicht weniger als die der Politiker Ratlosigkeit. Es ist keineswegs nur Realismus, wenn eine forsch akzeptierte Ratlosigkeit mehr und mehr an die Stelle von zukunftsgerichteten Orientierungsversuchen tritt. Die Lage mag objektiv unübersichtlich sein. Unübersichtlichkeit ist indessen auch eine Funktion der Handlungsbereitschaft, die sich eine Gesellschaft zutraut. Es geht um das Vertrauen der westlichen Kultur in sich selbst.“ (Habermas 1985: 144).

⁶ Sowohl Hibou als auch Mbembe beziehen sich mit dem Begriff der „décharge politique“ auf Max Weber. Der Begriff von Hibou und Mbembe scheint allerdings wenig mit den deutschen Originaltexten von Weber zu tun zu haben. Im Original handelt es sich um zwei Begriffe, "Verpachtung" und "Überweisung", die in der französischen Übersetzung von Webers Werk offensichtlich beide mit "décharge politique" übersetzt worden waren (Weber 1923: 86–108; Weber 1922: 580–623).

Eliten, die Arme kapitalistischer Staaten durch den Aufbau nichtstaatlicher Institutionen (oder durch das „up-“ und „downscaling“ ihrer Entscheidungsprozesse) zu verlängern. Statt eines schlichten Untergangs des Staates argumentieren daher immer mehr Globalisierungstheoretiker*innen, dass seit den 1970er Jahren eine "Internationalisierung des Staates" (Brand et al. 2007) zu beobachten ist, die mächtigen Akteur*innen in die Hände spielt (cf. Drezner 2009: 66–67). Das bedeutet, dass Komplexität nicht nur ein Nebeneffekt zunehmender wirtschaftlicher Verflechtung (und vermeintlich steigenden Wohlstands) ist, sondern auch das Ergebnis von Kämpfen um hegemoniale Vorherrschaft und Kontrolle; oder, in einer weniger konspirativen Lesart, Bewältigungsstrategien („coping strategies“) in einem politökonomischen System, dessen Versprechen von dauerhaft steigenden Einkommen sich für immer weniger Mitglieder erfüllt. Aus einer globalgeschichtlichen Perspektive drängt sich die Komplexitätsdebatte nahezu auf. Vom Ende der Kolonialreiche in den 1960ern, über das Ende des "goldenen Zeitalters" des Kapitalismus ab Mitte der 1970er (cf. Graeber 2018: 179–180), bis hin zur Finanzialisierung und der beginnenden Vorherrschaft globaler Produktionsnetzwerke (Lukas et al. 2009) ist eine permanente Entwicklung von direkten – und oft direkt gewaltförmigen – Beziehungen zu indirekten – und meist nicht weniger gewaltförmigen – Beziehungen zu beobachten, die den Machterhalt dominierender Akteur*innen befördern bzw. deren Macht sogar noch ausweiten (Nye 1990). Aus dieser Sicht ist es überraschend, dass der gesellschaftlichen Konstruktion von sozialer Komplexität bisher nicht mehr Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Nicht zuletzt aufgrund der politökologischen und -ökonomischen Grenzen des Wachstums ist die Globalisierung zunehmend zu einem Nullsummenspiel, sowohl zwischen Kapital und Arbeit als auch zwischen Nord und Süd (bzw. starken und schwachen Staaten), geworden. Komplexität dient vor allem Partikularinteressen (sowohl im Finanzsektor als auch in der politischen Entscheidungsfindung), "akkumuliert" sich als eine Art mikropolitische Wettrüsten - siehe z.B. den 5.554 Seiten umfassenden Vorschlag für die (unratifizierte) Transpazifische Partnerschaft (Ferguson 03.10.2016) - und führt schließlich zu Technokratie und Populismus. Man könnte also argumentieren, dass sich seit den 1970er Jahren die historische Rolle des Staates als Nivellierer und Vereinfacher (Scott 1998) umzukehren begann: Die zweite Globalisierungswelle hat viel damit zu tun, dass die global dominanten Staaten zu Agenten der Komplexifizierung wurden (cf. Brenner 1997: 16–18). Folgt man der existierenden Literatur, so scheint das die alten Industrieländer bis jetzt nicht zu schwächen (Drezner 2009: 66–67), aber man könnte argumentieren, dass es so etwas wie eine gläserne Decke für gesellschaftliche Komplexität gibt welche hegemoniale Formationen zunehmend bedroht – etwa im Hinblick auf den globalen Aufstieg populistischer Parteien und Regime seit der Subprimekrise in Verbindung mit der Diskussion über postfaktische Politik.

Wissenschaftliche Erklärungen für den gegenwärtigen Aufstieg des Populismus lassen sich in ökonomische und kulturelle Erklärungen unterteilen: Erstere unterstreichen die zunehmende soziale Ungleichheit und zweitere verweisen auf einen kulturellen backlash, der sich langsam als Antwort auf die Kulturrevolution der 1960er/70er Jahre entwickelt habe (Gidron und Hall 2017; Inglehart und Norris 2017). Angesichts der starken Überschneidung der Diskussionen über Populismus und postfaktische Politik ist es erstaunlich, dass die "neue Unübersichtlichkeit" in diesen Debatten keine

Rolle zu spielen scheint. Man könnte argumentieren, dass die Furcht der Elite in den 1970er Jahren, die Kontrolle zu verlieren (Leendertz 2019), nun Wirklichkeit zu werden scheint, oder mit anderen Worten, dass vier Jahrzehnte neoliberaler Globalisierung nicht nur zu einer zunehmenden Ungleichheit geführt haben, sondern auch zu einer immer höheren sozialen Komplexität, die eine sinnvolle politische Entscheidungsfindung zunehmend behindert (cf. Habermas 1985: 144). Diesmal scheinen es jedoch nicht nur die politischen Eliten zu sein, die Angst haben, die Kontrolle zu verlieren, sondern auch die Wähler, die zu erkennen beginnen, dass die Eliten den Versuch, das „große Ganze“ zu verstehen, tatsächlich aufgegeben haben und dass die politische Entscheidungsfindung weitgehend in halb-, über- und nichtstaatliche Institutionen "ausgelagert" wurde, die nicht direkt von Wahlen beeinflusst werden können. In Anlehnung an Harry Frankfurts Definition von Bullshit als "die Gleichgültigkeit gegenüber dem, wie die Dinge wirklich sind" (Frankfurt 2005: 34; cf. Graeber 2018) - was nicht ganz dasselbe ist wie der stereotype politische "Lügner" - scheinen aktuelle Populisten entweder die faktenbasierte Politikgestaltung völlig aufgegeben zu haben, oder sie versuchen bewusst, Expertenwissen in einer gewissen Weise zu „framen“ (siehe z.B. die „Populismus“-Auffassung von Chantal Mouffe und ihren Einfluss auf Podemos). Explizite Projekte der "state simplification" (Scott 1998: 3), die sich direkt mit der neuen Unübersichtlichkeit (z.B. Finanzialisierung, globalisierte Produktion, ausufernde Bürokratie etc.) auseinandersetzen - und damit darauf abzielen, die Wahl politischer Parteien zumindest teilweise auch sachlich zu begründen - sind weitgehend durch diskursives „Herunterbrechen“ ersetzt worden. Die sich verschärfende Spaltung der politischen Parteien in Territorialisten und Globalisten (Maier 2006: 49–50) könnte diese Tendenz noch verstärken und damit die Idee der Globalisierung als wirtschaftlichem Selbstzweck weiter verfestigen.

3. (Re-)aktionen der rohstoffexportierenden Staaten

Für ein erstes Verständnis der sehr unterschiedlichen politischen Kräfteverhältnisse in den beiden Krisen bietet es sich an, zwei Schlüsseldokumente der rohstoffexportierenden Staaten miteinander zu vergleichen: die Erklärung zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung (NIEO – *New International Economic Order*), die 1974 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde, und die „Africa Mining Vision“, die auf dem Gipfel der Afrikanischen Union im Februar 2009 verabschiedet wurde. Während die NIEO-Erklärung in ihrem Kern eine Kampfansage an die intellektuelle Hegemonie des Wirtschaftsliberalismus darstellte (Cox 1979: 258) und sich fast ausschließlich mit externen „Entwicklungshemmnissen“ des globalen Südens befasste, konzentrierte sich die *Africa Mining Vision* (AMV) vor allem auf interne Fragen. Ihre Unterzeichner*innen verpflichteten sich auf Verbesserungen in den Bereichen Transparenz, Regierungsführung und Infrastruktur hinzuwirken, die geologische Datenlage des Kontinents zu verbessern, Lösungen für den boomenden Kleinbergbau zu finden und die Verhandlungskapazitäten afrikanischer Regierungen zu verbessern. Nur der letzte Punkt könnte direkt mit dem in Verbindung gebracht werden, was viele westliche Beobachter*innen als eine neue Welle des "Rohstoffnationalismus" bezeichneten. Zudem scheint die Umsetzung der AMV nur sehr langsam voranzugehen.

Das Gegenteil war der Fall bei der NIEO, die in vielen Aspekten nur zusammenfasste, was bereits vor sich ging. Vor allem in Bezug auf die Verstaatlichung von Produktionskapazitäten brachten die 1960er und 70er Jahre den wohl tiefgreifendsten Wandel in der Geschichte der Nord-Süd-Beziehungen mit sich. In den 1950er Jahren befand sich praktisch jede größere Mine in den "Entwicklungsländern" in ausländischem Besitz. Bis 1976 wurden aber praktisch alle verstaatlicht (Ross 1999: 305; Habig 1983: 231–233). In vielen Fällen handelte es sich um sogenannte „creeping nationalization“, die ironischer Weise oft von den europäischen Firmen selbst in Gang gesetzt wurde: Viele Konzerne schlugen Public-Private-Partnerships vor, um eine vollständige Enteignungen zu verhindern (Crowson/Francis 1977: 6–7). Der größte Verlierer dieser Nationalisierungen war ganz klar Europa. Noch Ende der 1970er Jahre gingen 70 Prozent aller afrikanischen Kupferexporte nach Europa (European Commission, 30; Crowson/Francis 1977; Ravenhill 1985: 136). Diese Nationalisierungswelle ging einher mit der Etablierung von Produzentenkartellen, im Besonderen das Kupferkartell CIPEC (1967) und das Bauxitkartell IBA (1974), die beide nach dem Beispiel der OPEC konzipiert wurden und bereits nach wenigen Jahren als gescheitert galten.

Als wir begannen, ein Mapping dieser verschiedenen Maßnahmen zu erstellen, wurde uns klar, dass viele darauf abzielten, den eigenen Handlungsspielraum zu erweitern, indem die Abhängigkeit vom Gegenüber verringert wurde. Sieht man sich den Maßnahmenkatalog der afrikanischen Regierungen in den 1960er und 70er Jahren an, so fällt auf, dass fast ausschließlich auf Entkoppelung gesetzt wurde. Aus dieser Sicht waren die *International Commodity Agreements* (ICAs) und das daraus resultierende Lomé-Abkommen die einzigen Strohhalme einer Reihe von europäischen Bemühungen um die Aufrechterhaltung privilegierter Beziehungen zum afrikanischen Kontinent, die von den afrikanischen Regierungen weiterhin aktiv unterstützt wurden.

Auch hier kamen die europäischen Regierungen den rohstoffproduzierenden Staaten in einem aus heutiger Sicht unvorstellbar großen Ausmaß entgegen, um in der Folge nur mit noch höheren Forderungen konfrontiert zu sein. Noch 1975 schlug die Europäische Kommission ein Internationales Kupferabkommen vor, das auf Mindest- und Höchstpreisen basieren sollte, die ebenfalls von Produzent*innen und Verbraucher*innen gemeinsam garantiert werden sollten (Commission des Communautés européennes 1975; Crowson 2008: 372). Laut diesen Plänen sollten die Verbraucherstaaten Abgaben an einen zentralen Fonds zahlen, wenn die Preise unter die Untergrenze fielen, und die Produzentenstaaten sollten einen Beitrag leisten, wenn die Preise über die Obergrenze stiegen. Auf den Tagungen der UNCTAD (Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung), die zur NIEO-Erklärung führte, verlangten die Länder der Dritten Welt zur gleichen Zeit, die Rohstoffpreise an den Preis von Industriegütern zu binden - ein Alptraum für die meisten nichtmarxistischen Ökonom*innen, selbst für die damalige Zeit (Habig 1983: 217).

Das Ergebnis dieser sehr ambitionierten Projekte war schlussendlich mehr als enttäuschend, vor allem, weil sich die beteiligten Staaten nicht über die Finanzierung einigen konnten (Rangarajan 1983: 590) und weil sich Ende der 1970er die politischen Rahmenbedingungen stark veränderten.

Der *Common Fund*, der ursprünglich als Finanzierungsinstrument für die Rohstoffpreisstabilisierung gedacht war, wurde erst 1989 eingerichtet, als die Diskussion über ICAs bereits beendet war. Stattdessen wurde er zu einem sehr gering dotierten Instrument rohstoffzentrierter Entwicklungshilfe.

Weitere Ergebnisse waren das sogenannte *Système de Stabilisation des Recettes d'Exportation* (STABEX) von Lomé I (1975), das sich mit der Ausnahme von Eisen nur auf Agrarrohstoffe bezog und das *Système de Développement du potentiel minier* (SYSMIN) von Lomé II (1979). Diese beiden Programme wurden finanziell nur von der EWG getragen und waren damit Teil der „Entwicklungshilfe“ der Verbraucherstaaten. Gleichzeitig können sie jedoch als das - recht dürftige - Ergebnis der langen Diskussionen der 1960er und 1970er über „gerechte“ Austauschverhältnisse von Rohstoffen und Konsumgütern, und damit auch über internationale Arbeitsteilung, betrachtet werden (siehe auch Abschnitt 4.2). In diesem Beitrag kann diese erstaunliche Entwicklung nicht im Detail nachgezeichnet werden (für eine genauere Darstellung siehe Dreidemy/Knierzinger 2020: 9–19).

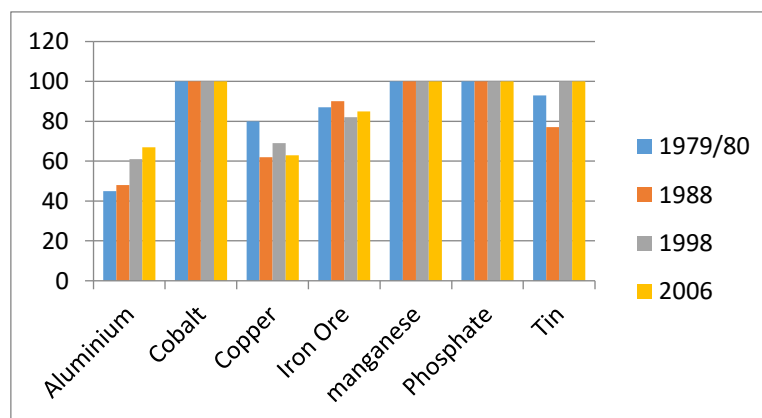
In den 2000er Jahren schien sich wieder ein ähnliches Gelegenheitsfenster für kapitalarme rohstoffexportierende Staaten zu öffnen: Die meisten von ihnen überprüften ihre Bergbaugesetze (Campbell 2004), erhöhten ihre Steuern (z.B. sogenannte *windfall taxes* auf außerordentliche Gewinne in der Kupferindustrie Sambias), bildeten regionale und kontinentale Allianzen und viele führten Exportquoten ein. Weiterverarbeitung und „local content“ kommen auch in der *Africa Mining Vision* vor, haben aber bisher zu wenigen konkreten Projekten geführt. An die Stelle von importsubstituierender Industrialisierung traten Versuche des „Upgrading“ (Bair 2010: 35) innerhalb globaler Wertschöpfungsketten. Reste der Strategie der importsubstituierenden Industrialisierung lassen sich heute in sogenannten „Local content“-Regelungen und -programmen erkennen, die transnationale Konzerne dazu bringen sollen, möglichst viele Inputs von lokalen Anbieter*innen zu beziehen. Local Content-Policies existierten bereits in den 1970ern – mit dem Unterschied, dass die Nicht-Umsetzung dieser Regelungen sanktioniert wurde, wohingegen sie heute fast ausschließlich auf freiwilliger Basis geschieht und zu wenigen konkreten Ergebnissen führt (auch für diese Entwicklungen siehe Dreidemy/Knierzinger 2020: 9–19).

4. Reaktionen von TNKs und Regierungen von Verbraucherländern

In den Verbraucherländern gingen beide Rohstoffbooms einher mit massiven Lobbying-Bemühungen des Bergbausektors und der nachgelagerten Industrien in Europa und wurden durch diese auch verstärkt. So begann beispielsweise Ulrich Grillo, von 2013 bis 2016 Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), im Jahr 2007 einen Vortrag über die "Erwartungen der deutschen Industrie an eine strategische Rohstoffpolitik" mit folgenden Sätzen: "Willkommen zu Beginn des Zweiten Kalten Krieges! Willkommen im Kampf um Rohstoffe!" (Grillo 2007). Fünf Jahre nach dieser Rede wurde Grillo Chef der deutschen RA Rohstoffallianz AG, einem neuen Bergbauunternehmen, das von großen deutschen Industrieunternehmen wie BASF, Bosch, Thyssen-Krupp, BMW und Daimler gegründet wurde. Die deutsche Industrie muss fast alle benötigten metallischen Rohstoffe importieren (Huy 2013: 22) und war daher besonders reaktiv. Ähnliche Reaktionen gab es jedoch auch in anderen europäischen Staaten, unter anderem aufgrund einer ähnlich hohen Importabhängigkeit von Rohstoffen (siehe Abbildung 2), im Besonderen von afrikanischen Minen (cf. Frøland/Ingulstad 2019: 309). Anne Lauvergeon, damals CEO des staatlichen französischen Atomkonzerns Areva, erklärte 2008, dass ein "weltweites Kriegspiel" um

den Zugang zu den Reserven, "das in Europa überhaupt nicht analysiert wird", zu einer "außerordentlichen Konsolidierung großer globaler Bergbaukonzerne und unglaublichen Finanzkapazitäten" führen könne und warnte, dass "wir mit dramatischen Folgen für den [europäischen] Industriesektor aufwachen werden" (République française 2008: 292). Auch von Seiten der EU-Kommission warnte man bereits im selben Jahr vor einem aufkommenden „Rohstoffnationalismus“, der eine große Gefahr für die europäische Industrie darstelle (Mandelson 29.09.2009; cf. Frøland/Ingulstad 2019: 302). Im Jahr 2012 begann das einflussreiche Royal Institute of International Affairs, oder Chatham House, einen über 200 Seiten starken Bericht über den Rohstoffboom mit den Worten "Das Gespenst der Ressourcenunsicherheit ist mit Wucht zurückgekehrt" (Lee et al. 2012) und bezog sich damit sowohl auf die 1970er Jahre (es kam "zurück") als auch auf die ideologischen Veränderungen, die damit einhergingen. Das Wort "Gespenst" (auf Englisch: „specter“ oder „spectre“) lässt unweigerlich an das Kommunistische Manifest denken. 1977 hatte dasselbe Chatham House eine Studiengruppe von 13 Personen eingerichtet, deren Identität geheim gehalten wurde (siehe *Chatham House Rule*) und die zu ganz ähnlichen Schlussfolgerungen kam (Crowson/Francis 1977: i). Der Autor der Chatham House Studie von 1977 war derselbe Philipp Crowson, der in den 2000er Jahren noch aktiv war. Crowson war von 1981 bis 1996 Chefökonom bei Rio Tinto, bis heute eines der größten Bergbauunternehmen, und arbeitete zugleich für die "NGO" Chatham House (Dreidemy/Knierzinger 2020: 20). In ähnlicher Weise wurde übrigens auch ein europäisches Beratungskomitee aus den 1980ern, die „Raw Materials Supply Group“⁷, 2006 reaktiviert und befasste sich in der Folge mit der Planung und Implementierung der Raw Materials Initiative (RMI), die in diesem Abschnitt noch genauer beschrieben wird.

Abb. 2: Importabhängigkeit der EU für ausgewählte Metalle



(Crowson 2008: 288)

Mitte der 1970er Jahre warnten zentrale politische Persönlichkeiten in ähnlicher Weise vor einem bevorstehenden "Ressourcenkrieg". US-Präsident Gerald Ford drohte beispielsweise 1974, dass "jeder Versuch einer Nation, den USA ihre Rohstoffe vorzuenthalten, zu einem Krieg führen könnte" (Graham 1982: 82). Während des Präsidentschaftswahlkampfes von 1980 verwendete Ronald Reagan regelmäßig den Begriff "Ressourcenkrieg", um auf angebliche sowjetische Strategien zur Blockade

⁷ Die Raw Materials Supply Group ist „a stakeholder group comprising industry, environmental NGOs, trade unions, Member States, candidate countries and the Commission (Raw Materials Supply Group 2005).“

des Zugangs der USA zu kritischen Rohstoffen in der „Dritten Welt“ hinzuweisen (Gordon 1981; Crowson 2008: 294–295). Die gleiche Sorge, wenn auch in weniger alarmierender Formulierung, äußerte 1977 auch der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt (1978: 8).

Die Reaktionen von Verbraucherländern und Bergbauunternehmen auf die wahrgenommenen Bedrohungen können in drei Kategorien eingeteilt werden: Erstens, die Restrukturierung von Produktionsnetzwerken; zweitens, „Rohstoffpolitik“ (Medienkampagnen, Lobbying, die Konditionierung von Entwicklungshilfe und Handelsabkommen etc.); und drittens, Machtausübung in Form von Zwang, etwa durch persönliche Einschüchterung, Attentate und (Stellvertreter-)Kriege. Die letztgenannte Kategorie ist noch schwieriger zu analysieren als die vorhergehenden und wird daher nicht Teil dieses Beitrags sein, auch wenn sie zumindest ebenso wirkmächtig ist, v.a. weil die Industrie und die Entscheidungsstrukturen stark vermachtet sind und damit wenige Akteur*innen - mit zum Teil erschreckend wenig Einblick in globale Zusammenhänge (in Guinea gab es z.B. in 16 Jahren 10 Minenminister)⁸ – sehr viel Einfluss haben und vergleichsweise wenig mediale Aufmerksamkeit bekommen.⁹ Wir werden uns auf die Kategorien eins und zwei konzentrieren: die Restrukturierung von Produktionsnetzwerken und „Rohstoffpolitik“.

4.1. Restrukturierung der Produktionsnetzwerke

Diese Veränderungen haben wir hauptsächlich durch Recherchen in den digitalisierten Archiven des US-Geological Survey (USGS) und anderen Online-Quellen untersucht. Unternehmen restructurierten ihre Produktionsnetzwerke, indem sie (a) die Produktion in politisch "sichere" Länder verlagerten, (b) ihre Produktionsnetzwerke komplexer gestalteten, (c) sektorübergreifende Allianzen bildeten (z.B. Käuferkartelle und Bergbau-Joint-Ventures) und (d) auf Reprivatisierung pochten. Dies führte zu Produktionsnetzwerken mit immer verstreuteren Produktionsstationen („nodes“), die den Bergbauunternehmen halfen, sich der territorialen Kontrolle der „host countries“ zu entziehen. In diesem Beitrag illustrieren wir diese Strategien vor allem mit der Darstellung von Entwicklungen im Kupfer- und im Bauxitbergbau.

⁸ Viele Minister waren für diese Position nicht qualifiziert und wurden schon abgelöst, bevor sie überhaupt Zeit hatten ihr eigentliches Aufgabenfeld zu überblicken. Liste der Minenminister: 2000 Ibrahima Soumah (Mines, géologie et environnement); 2002 Alpha Mady Soumah (ibid.); 2005 Ahmed Tidiane Souaré (Mines et géologie); 2006 Ousmane Sylla (ibid.); 2007 Ahmed Kante; 2008 Louncény Nabé. 2009 Mahmoud Thiam; 2011 Mahamed Lamine Fofana; 2014 Kerfalla Yansané (République de Guinée 2013); seit 2016 Abdoulaye Magassouba.

⁹ Der erst Premier Congo-Kinshasas, Patric Lumumba, wurde 1960, wenige Monate nach seiner Angelobung, von einem belgisch-kongolesischen Kommando ermordet. Der Mord wurde als Lynchmord dargestellt (Ludermann 2004: 55–59) und seine Leiche wurde gemeinsam mit zwei anderen an Ort und Stelle verscharrt. Kurz danach wurden die Leichen jedoch von zwei belgischen Polizisten exhumiert. Erst 40 Jahre später gab einer der beiden Polizisten an, sie hätten den Auftrag gehabt, die Leichen zu zerstückeln und in Schwefelsäure aufzulösen, die sie bei der Union Minière du Haut Katanga beschafft hatten (Witte 2001: 141).

4.1.1. Produktionsverlagerungen

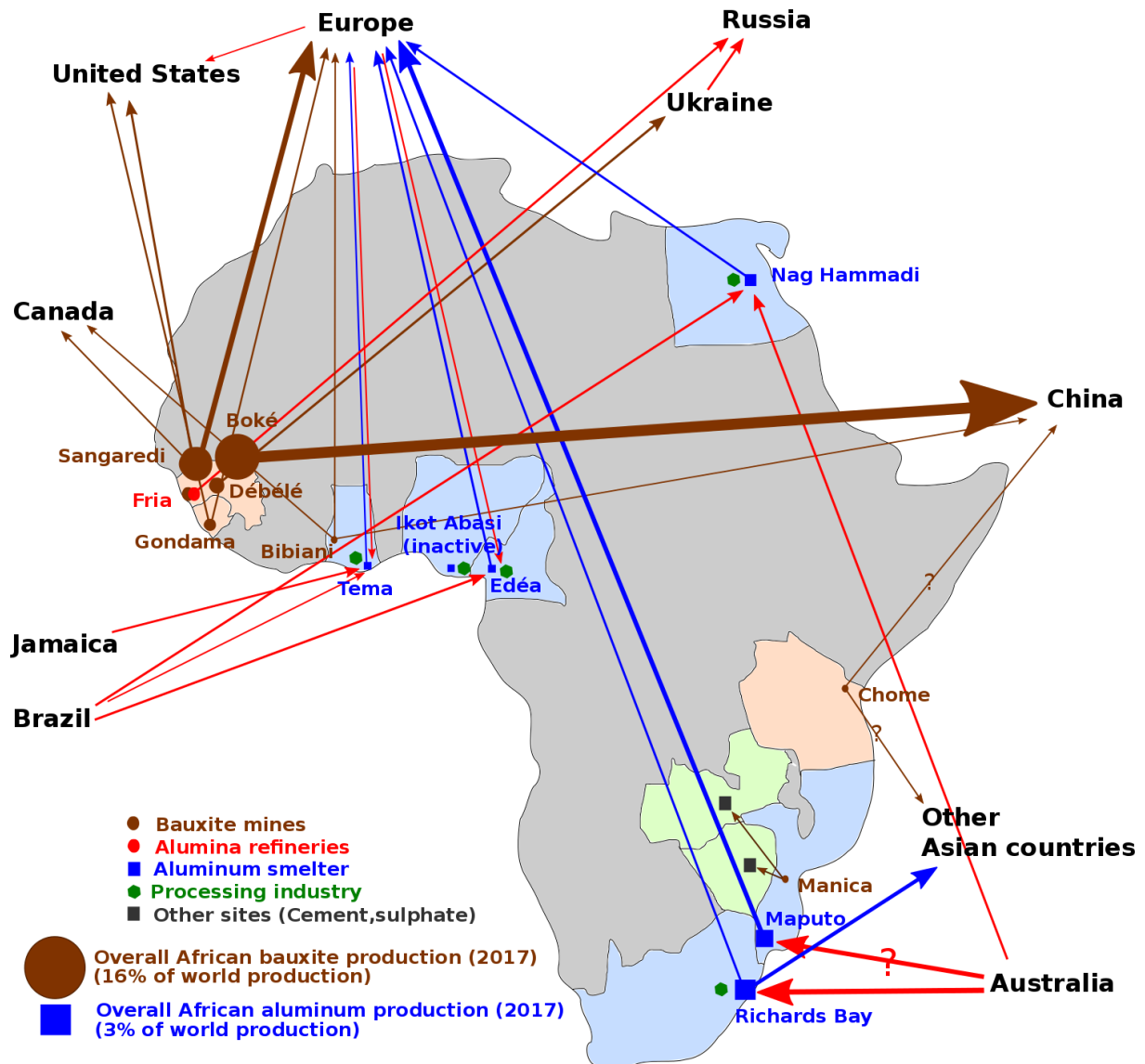
Als rohstoffreiche Regierungen in den 1960er Jahren damit begannen, ihre Minen zu nationalisieren, höhere Abgaben einzufordern und Rohstoffkartelle nach dem Vorbild der OPEC zu gründen, reagierten die Rohstoffkonzerne u.a. mit einer Verlagerung der Produktion. Die Gründung der IBA in der kritischen Phase der 1970er Jahre führte etwa zu einem starken Rückgang des Bauxitabbaus in Jamaika, Surinam und Guyana, der durch die Produktion in Australien und Guinea ersetzt wurde (Knierzinger 2018: 7). Ähnliche Reaktionen finden sich auch in Bezug auf andere Rohstoffe. Frøland und Ingulstad zufolge erhöhte sich der Anteil von europäischen Bergbauinvestitionen in anderen Industrieländern von 60 Prozent 1966-67 auf 85 Prozent Mitte der 1970er (Frøland und Ingulstad 2019, 312). Zugleich verringerte sich der afrikanische Anteil an der Weltproduktion von Mineralien von etwa einem Drittel im Jahr 1970 auf 10 Prozent im Jahr 1987 (World Bank Group 1992). Aus Angst geopolitisch Boden zu verlieren, forderte die Europäische Kommission die Bergbauunternehmen daraufhin auf, weiterhin in Hochrisikoregionen zu investieren. Ravenhill (1985) zufolge reagierten die Bergbauunternehmen darauf prompt mit einem Forderungskatalog, der umgehend in das 1979 abgeschlossene Lomé II aufgenommen wurde (Ravenhill 1985).¹⁰ Die Kommission reagierte unter anderem mit der Finanzierung von Exploration in diesen Gebieten, schloss Investitionsabkommen ab und etablierte ein europäisches Versicherungssystem für nichtwirtschaftliche Risiken (Ravenhill 1985: 139–140). In Bezug auf den letzten Punkt verweist Ravenhill leider nicht auf die zugrundeliegenden Dokumente. Frøland und Ingulstad zufolge kam es zu umfassenden Anstrengungen Europas, seine Unternehmen gegen politisches Risiko abzusichern, erst in den 2000ern, im Zuge von WTO-Beitrittsverhandlungen sowie in Freihandels- und Partnerschaftsabkommen (Frøland/Ingulstad 2019: 318).

4.1.2. Deterritorialisierung

Neben diesen Produktionsverlagerungen kam es auch zu einer verstärkten Globalisierung der Produktionsnetzwerke. Europäische und amerikanische Aluminiumunternehmen sorgten beispielsweise ab den 1970er Jahren dafür, dass kein Land über eine integrierte Produktion von Aluminium aus Bauxit verfügte, obwohl dafür in mehreren afrikanischen Ländern besonders günstige Voraussetzungen vorhanden gewesen wären. Das Gros des afrikanischen Bauxits wird immer noch hauptsächlich in die USA und nach Europa (hauptsächlich nach Irland und Spanien) verschifft, um dann in Form von Aluminiumoxid wieder importiert zu werden. Das dabei entstehende Aluminium wird dann wieder verschifft (wiederum meist nach Europa), um dann in Form von Baumaterial, Autos, Dosen und anderen Fertigerzeugnissen wieder importiert zu werden. Seit 2016 wird auch ein beträchtlicher Anteil nach China exportiert, allerdings bisher auch in diesem Fall ohne die von China und der guineischen Regierung versprochene Weiterverarbeitung vor Ort. Seit den 1970ern entstanden also komplexe Produktionsnetzwerke, deren Umfang bei weitem nicht mehr mit wirtschaftlicher Effizienz erklärt werden kann. Es scheint vielmehr um politische Risikominimierungsstrategien der Konzerne zu gehen (siehe Abbildung 3).

¹⁰ Zu den Lomé-Verträgen siehe auch Abschnitt 4.2.

Abb. 3: Bauxit- und Aluminiumproduktion auf dem afrikanischen Kontinent um 2017



(Sources: OEC 2015; USGS 2019)

Angesichts der Eigentümerstruktur der afrikanischen Aluminiumproduktion überrascht die zentrale Stellung Europas in diesem Produktionsnetzwerk. Auch Jahrzehnte nach dem Niedergang der dominierenden europäischen Unternehmen - Pechiney (Frankreich), Alusuisse (Schweiz) und VAW (Deutschland) - finden Raffination, Verhüttung, Verarbeitung und Verbrauch noch immer überwiegend in Europa statt. Abgesehen von einem kleinen Bergwerk in Awaso, Ghana, und einem größeren Bergwerk in Guinea, das 2016 die Produktion aufnahm, sind chinesische Unternehmen immer noch dabei, Standorte zu erkunden und Minen zu errichten oder afrikanisches Bauxit zu kaufen. Ähnlich wie andere Standorte wurde auch Awaso von westlichen Unternehmen aufgegeben, bevor das chinesische Unternehmen Bosai Minerals Group einsprang.

Der Kupfersektor ist schwieriger abzubilden, es kam aber zu ähnlichen Entwicklungen. 1974 nahm etwa die Selebi-Pikwe Mine, eine Nickel-Kupfer-Mine, als *public-private Joint Venture* (15% Staatsbeteiligung) in Botswana ihren Betrieb auf. Die Mine war an eine Schmelzhütte angeschlossen,

die das Kupfererz bis zu einem Kupfergehalt von 80 Prozent weiterverarbeitete, aber in diesem Stadium waren Nickel und Kupfer noch nicht getrennt. Forderungen der botswanischen Regierung, die dafür notwendige Raffinerie in Botswana zu errichten, wurden von den privaten Betreibern aus wirtschaftlichen und technischen Gründen abgelehnt. Die Unternehmen argumentierten auch, dass sie keine Raffinerie im nahegelegenen Sambia nutzen könnten, da dort eine andere Mineralzusammensetzung vorhanden gewesen wäre. Darüber hinaus hatte eines dieser Unternehmen gerade eine Raffinerie in Louisiana gekauft. Die Kupfer-Nickel-Mischung wurde daher zunächst nach Mosambik transportiert, ging dann per Schiff in die USA zur Raffination und wurde dann an die Metallgesellschaft in Deutschland geschickt. Erschwerend kam hinzu, dass die britische Entwicklungshilfe in der gleichen Zeitspanne stark reduziert worden war. Zwar wurden mit der Mine etwa 2600 Arbeitsplätze geschaffen, die Einnahmen der Regierung waren aber nicht viel höher als zuvor. Lanning und Müller zufolge tauschte Botswana damit lediglich seine Abhängigkeit vom ehemaligen Kolonisator Großbritannien gegen eine Abhängigkeit von ausländischen Bergbauunternehmen ein. Ähnlich wie in anderen *public-private Joint Ventures* begann die Regierung zudem bei Arbeitskämpfen immer wieder die Minenbetreiber*innen (zu denen sie nun ja gehörte) gegen die Arbeiter*innen zu unterstützen (Lanning/Mueller 1979: 334–350).

Auch im Aluminiumsektor führte die Beteiligung sozialistischer Regierungen an neuen *public-private Joint Ventures* zu hochtrabenden wirtschaftspolitischen Plänen und Versprechungen der Regierungen und Unternehmen. Als Beispiel seien Nkrumahs Pläne genannt, auf Basis des Akosombo-Staudamms eine vertikal integrierte Aluminiumindustrie (von Bauxit zu Fertigprodukten), eine Fischereiindustrie und eine industrialisierte Landwirtschaft innerhalb der ghanaischen Landesgrenzen zu ermöglichen. Die Verhandlungen mit dem Aluminiumkonzern Kaiser und der Weltbank führten schließlich zu einer Aluminiumschmelze, die alle Inputs (außer der Elektrizität aus dem Staudamm) aus dem Ausland erhielt (siehe Abb. 3) (Lanning/Mueller 1979: 429–435). Die Entwicklungen in Guinea verliefen sehr ähnlich (Knierzinger 2018). 2013 meldete die guineische Regierung allein acht Bauxitweiterverarbeitungsprojekte, von denen bisher kein einziges umgesetzt worden ist (Le Bureau du Président de la République de Guinée 2013). Ähnlich großspurige Ankündigungen gab es in den letzten Jahren auch für mehrere guineische Eisenerzprojekte.

Die Gründe für diese kontinuierliche (Ent-)Täuschung der Bevölkerung sind bisher nicht umfassend erforscht worden. Die öffentlich vorgebrachten Gründe für das kontinuierliche Ausbleiben einer Weiterverarbeitung sind vielfältig: Regierungswechsel in den „host countries“, Restrukturierungen bzw. Verkauf der Konzerne, technische Probleme und Korruptionsvorwürfe gehören zu den am häufigsten genannten. Bei Konzernen, die im globalen Süden tätig sind, scheint das politische Risiko einer territorial integrierten Produktion meist die Mehrkosten einer deterritorialiserten Produktion zu überwiegen, gleichzeitig müssen jedoch sowohl Unternehmen als auch Regierungen Weiterverarbeitungspläne vorlegen, um Bergbauverträge politisch legitimieren zu können. Beide Seiten haben Interesse an diesen Verträgen. Die Regierungen profitieren (meist auch sehr persönlich) von den Abgaben der Konzerne und letztere verwenden ihre Schürfrechte sowohl um Rohstoffe zu exportieren als auch um Konkurrenten von diesen Vorkommen abzuschneiden.

4.1.3. Sektorübergreifende Allianzen: Joint Ventures und Käuferkartelle

Im stark vermachteten Aluminiumsektor der 1960er und 1970er Jahre ist auch ein Zusammenrücken der sogenannten „Six Sisters“¹¹, der damals dominierenden Aluminiumkonzerne bemerkbar. Ab 1960 waren alle neuen Bauxitminen *Joint Ventures* der dominanten Konzerne. Das gleiche galt für Raffinerien und Schmelzen außerhalb der Herkunftsländer der *Six Sisters* (Bunker/Ciccantell 1995: 59–61; Habig 1983: 235). In Tabelle 1 wird ersichtlich, wie stark die Sechs Schwestern in den neuen Standorten kooperierten:

Tab. 1: Neue *Joint Ventures* der Six Sisters in den 1960er und 70er Jahren

	Alcoa	Reynolds	Kaiser	Alcan	Pechiney	Alusuisse
Guinea	x	x		x	X	x
Australia	x	x	x			x
Jamaica	x	x	x	x		
Brazil	x	x		x		

(Source: Bunker/Ciccantell 1995: 59)

Um 1979 kamen zwei Drittel der weltweiten Bauxitproduktion, die Hälfte der Aluminaproduktion (Al^2O^3) und ein Drittel der Primäraluminiumproduktion aus *Joint Ventures* (Shafer 1986: 931). Wirtschaftlicher Wettbewerb wurde also immer stärker vom politischen Wettbewerb der Bipolarität und des Nord-Süd-Konflikts überlagert. Dieser "Partnerschaftskapitalismus" (Carmody 2011: 7) ist in den 2000ern auf ähnliche Weise in Form von Käuferkartellen bemerkbar. In diesem Zusammenhang wurde bereits auf die RA Rohstoffallianz hingewiesen, die die wichtigsten Player der deutschen Industrie zusammenbrachte. In den 1970er Jahren wurden die erwähnten *Joint Ventures* zugleich dazu genutzt, aufbegehrende Regierungen zu kooptieren, indem man ihnen Anteile an den zu errichtenden Bergwerken und sogar an der verarbeiteten Industrie in Europa anbot (Commission of the European Communities 1975: 11; Frøland/Ingulstad 2019: 312), wobei letzteres nicht oder nur in sehr geringem Umfang umgesetzt wurde.¹²

4.1.4. Reprivatisierung

Im Rahmen der von der Weltbank finanzierten Strukturanpassungsprogramme (SAPs) und seiner Nachfolger wurde ein Großteil der Verstaatlichungen der 1960 und 70er Jahre wieder rückgängig gemacht. Das betraf vor allem die Kupferminen. Die *Zambia Consolidated Copper Mines* wurden Mitte der 1990er Jahre reprivatisiert (Kragelund 2017) und Anfang der 2000er Jahre durchliefen auch die kongolesischen *Gécamines* ein SAP, das zum "freiwilligen Ausscheiden" von 10.000 Beschäftigten mit mehr als 25 Dienstjahren führte (Rubbers 2017: 189). Diese Maßnahmen konnten durchgesetzt werden, weil der Anteil Afrikas an der weltweiten Kupferproduktion und die globalen Kupferpreise nach den Verstaatlichungen gleichzeitig sanken (siehe Abbildungen 1 und 4).

¹¹ Alcoa, Reynolds, Kaiser (alle aus den USA), Alcan (Kanada), Pechiney (Frankreich) und Alusuisse (Schweiz).

¹² Radetzki erwähnt in diesem Zusammenhang Anteile der staatlichen KupferproduzentInnen ZCCM (Sambia) und Codelco (Chile) am europäischen Downstream-Sektor. Abgesehen von diesen beiden Ausnahmen finden sich solche Verflechtungen nur in der Erdölförderung (Radetzki 2010: 180).

Abb. 4: Weltweite Anteile der wichtigsten afrikanischen Kupferproduzent*innen in Prozent

	1960s	1970s	1980s	1990s	2000s	2000-15
Zambia	58	48	38	54	61	43
Congo-Kinshasa (Zaire)	28	32	40	12	14	45
South Africa	7	13	14	25	17	5
Rest of Africa	6	7	8	10	8	7
Global share of African production	23	20	17	7	5	9

(Source: USGS 2019)

Der Boom der 1960er und 70er Jahre führte zur Bildung einer sambischen Mittelschicht, die in den 1980er und 1990er Jahren fast wieder verschwand (Ferguson 1999). Nach der vollständigen Verstaatlichung des sambischen Kupfers im Jahr 1973 fielen die Preise stark und erholten sich erst nach der Reprivatisierung Ende der 1990er Jahre. Die genannten Reaktionen der transnationalen Konzerne trugen dazu bei, dass die Gewinne und die Kontrolle dieser globalen Produktionsnetzwerke hauptsächlich in den alten Industrieländern verbleiben. Sowohl die Wertschöpfung als auch die Weiterverarbeitung vor Ort haben sich von den 1950ern bis zu den 1970ern entsprechend verringert und stagnieren seitdem auf sehr niedrigem Niveau (Campbell 2009: 79; Knierzinger 2018: 252).

4.2. Rohstoffpolitik

Neben dem Versuch ressourceneffizienter zu werden und eigene Rohstoffvorkommen stärker zu nutzen, reagierten die Regierungen ressourcenarmer Staaten auf die Krise der *Chain Governance* vor allem dadurch, dass sie versuchten, den Zugang zu Rohstoffen für "ihre" Unternehmen besser abzusichern. Frøland und Ingulstad verweisen in diesem Zusammenhang auf die auffälligen Ähnlichkeiten zwischen dem zentralen Dokument der europäischen Strategie der 1970er (Commission of the European Communities 1975) und der Raw Materials Initiative (RMI) von 2008 (European Commission 2008; Frøland/Ingulstad 2019: 312). Der Bericht „The community's supplies of raw materials“ schlug bereits 1975 vor, Substitution und Recycling zu fördern, Produktlebenszeiten zu verlängern und mittels neuer Technologien neue Abbaugelände in Europa zu erschließen, unter anderem durch die Ausweitung der EWG. Der zentrale Standpunkt war jedoch bereits damals, dass Europa „cannot engage in autarchical policies“ (Commission of the European Communities 1975).

Dies führte unter anderem zur Entwicklung eines neuen Kooperationssystems für Metalle: Nach STABEX von Lomé I, das mit Ausnahme von Eisenerz¹³ auf landwirtschaftliche Produkte beschränkt war, folgte v.a. aufgrund des deutschen Drucks auf die Absicherung des Zugangs zu afrikanischem

¹³ Der erste Vorschlag der Kommission für das STABEX beinhaltete noch Kupfer. Auf Druck der AKP-Staaten – allen voran Mauretanien, das den Vorsitz bei den STABEX-Verhandlungen hatte – wurde Kupfer aber wieder aus der Liste entfernt und stattdessen in letzter Minute Eisenerz aufgenommen. Mauretanien verfügt über umfangreiche Eisenerzvorkommen, die noch heute fast die Hälfte der Gesamtexporte ausmachen (Ravenhill 1985: 105).

Kupfer das SYSMIN, ein ähnliches "Aid for Trade"-Programm für Metalle im Rahmen von Lomé II. Lomé I trat 1976 in Kraft, Lomé II 1981.

Die europäische Rohstoffinitiative (RMI) (European Commission 2008) erfolgte ebenfalls auf Initiative Deutschlands (European Commission 2010; Küblböck 2014) und führte unter anderem zur Erstellung einer Liste kritischer Rohstoffe, die seither kontinuierlich erweitert wird (von 14 im Jahr 2011 auf 30 im Jahr 2020). Deutschland hat bereits 2005 eine Rohstoffstrategie angekündigt (Custers/Matthysen 2009: 54–55).

Die RMI der EU wurde 2011 erstmals überarbeitet und hat drei Säulen: Erstens, Strategien zur Sicherung des Zugangs zu nichtenergetischen Mineralien auf dem Weltmarkt, die "zunehmend von Marktverzerrungen betroffen" seien (European Commission 2008: 2; Küblböck 2014: 92); zweitens, die Förderung von Bergbau innerhalb der europäischen Grenzen; und drittens, die Steigerung von Recycling und Ressourceneffizienz (European Commission 2011: 11).

Auf der Grundlage der ersten Säule begann die EU mit sogenannter „Raw Materials Diplomacy“ gegen Ausfuhrzölle, -quoten, sogenannte nichtautomatische (*non-automatic*) Ausfuhrlicenzen und restriktive Investitionsgesetzgebung im Rahmen ihrer Handels- und Entwicklungspolitik vorzugehen. Das betraf etwa Investitionsschutzabkommen, Freihandelsabkommen, die Economic Partnership Agreements (EPAs) und Beschwerden bei der WTO – letzteres wiederum in enger Zusammenarbeit mit der europäischen, und insbesondere der deutschen, Industrielobby. Zudem wurde Entwicklungspolitik ganz generell wieder stärker zur Erreichung des innenpolitischen Ziels der „Rohstoffsicherheit“ instrumentalisiert, etwa über die Europäische Investitionsbank oder den *European Development Fund* im Rahmen der *Joint Africa-EU Strategy* von 2010, wo in neokolonialer Manier entwicklungspolitische Infrastrukturmaßnahmen in Bergbaugebieten gefördert wurden (Frøland/Ingulstad 2019: 316). Vor allem anhand der EPAs zeigte sich, dass die Vorliebe der EU für multilaterale Abkommen in den meisten Fällen nicht zu den gewünschten Effekten geführt hat und in Form von bilateralen Verhandlungen fortgesetzt wurde. Von Anfang an setzte die Europäische Kommission durchaus auch auf Drohungen, eigene Importschranken wieder zu erhöhen (cf. Frøland/Ingulstad 2019: 316–317; Custers/Matthysen 2009).

In den bisher publizierten offiziellen Berichten über die Implementierung der RMI zeigt sich eine starke Präsenz der Cotonou-Agenda, die auf eine Handelsliberalisierung durch die EPAs abzielt. Daneben wird das europäische Engagement bei beiden WTO-Prozessen gegen chinesische Exportrestriktionen von 2009 bis 2014 hervorgehoben, die China schließlich dazu zwangen, seine Exportrestriktionen aufzuheben. China hatte seine Politik der Exportrestriktionen seit den frühen 2000ern mit dem GATT-Artikel 20 zu generellen Ausnahmen gerechtfertigt, akzeptierte jedoch bereits 2013 die negative Entscheidung des WTO-Streitschlichtungsgremiums (WTO 2013) und setzte seine Exportrestriktionen für einige Jahre aus – bis zum Beginn des Handelsstreits mit der Trump-Administration. Eine weitere Anwendung fand die Raw Materials Diplomacy in den TTIP-Verhandlungen zwischen der EU und den USA, die womöglich auch den nichtdiskriminierenden Zugang zu Rohstoffen anderer Staaten ermöglicht hätten (Frøland/Ingulstad 2019: 318). Auch hier ergab sich mit Trump eine Zäsur, die ähnlich abrupt erscheint wie der Beginn der Ära Reagan, wenn auch unter völlig anderen Vorzeichen.

Im Vergleich zu den 1960er/70er Jahren ging die Krise der 2000er Jahre mit einer steigenden Bedeutung nichtstaatlicher Akteur*innen (NGOs sowie Unternehmen, z.B. in Form von CSR) und einer Zunahme von Entkopplungsmaßnahmen von Seiten der Industriestaaten einher. Letzteres hing vor allem mit einer Zunahme ökologischer Maßnahmen zusammen, von denen viele bereits in den 1960er/70er Jahren ins Auge gefasst worden waren, aber erst in den 2000er Jahren in die Praxis umgesetzt wurden, meist im Zusammenhang mit dem Aktionsplan der EU zur Kreislaufwirtschaft. Die EU förderte Recycling, setzte sich für eine geringere Ressourcenintensität ein und finanzierte sogar Forschungen zu "vorzeitiger Obsoleszenz" (European Commission 2019). Diese positiven Entwicklungen werden durch den technologischen Fortschritt, der durch die hohen Rohstoffpreise stimuliert wird, sowohl ergänzt als auch konterkariert (cf. Buijs/Sievers 2012: 206–207). Ein Beispiel für letzteres ist der Tiefseebergbau, der bereits in den 1960/70er Jahren intensiv diskutiert wurde, und sich seit kurzem in der Testphase befindet.

Darüber hinaus ging die europäische Ressourcenkrise der 2000er Jahre Hand in Hand mit ernsthaften Bemühungen um die Rückverfolgung globaler Lieferketten, ausgelöst durch die zunehmende Zahl von Medienberichten und Kampagnen über die Zusammenhänge zwischen gewaltsamen Konflikten und Bergbau in Afrika. Dies führte zu zwei konkurrierenden Formen von "Transparenz": Zum einen artikulierten europäische Akteur*innen ihre Rohstoffinteressen zunehmend explizit - siehe etwa die "Sicherheitsstrategie für Deutschland" der CDU/CSU von 2008 (CDU/CSU 2008) oder den Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler 2010, nachdem er auf die Bedeutung der Sicherung der Handelswege durch die Bundeswehr bestanden hatte (Spiegel Online 31.05.2010). Auf der anderen Seite forderten soziale Bewegungen und NGOs auch transparentere Lieferketten und "menschenwürdige" Arbeitsbedingungen bzw. "decent work". In den Debatten um die Kongo-Kriege wurden beide Entwicklungen gleichzeitig sichtbar: Einerseits listete die EU sowohl Tantal als auch Kobalt als kritische Rohstoffe auf, deren Import stärker gesichert werden sollte; andererseits entwarf sie mit der sogenannten „Konfliktmineralienverordnung“ ein Gesetz das dem Abschnitt 1502 des amerikanischen Dodd-Frank Act ("Conflict Minerals Regulation") nachempfunden war und das zu einem starken Rückgang der Rohstoffimporte aus der DR Kongo beitrug. Die Konfliktmineralienverordnung wurde im Mai 2017 vom Europäischen Parlament verabschiedet. Ein weiteres Ergebnis dieser Konzentration auf Transparenz war eine starke europäische Lobby für die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI), die 2002 auf Initiative von Tony Blair ins Leben gerufen wurde und die Offenlegung von Steuerzahlungen von Bergbauunternehmen an Regierungen zum Ziel hatte.

Generell wurden die europäisch-afrikanischen Beziehungen zunehmend marktorientiert und konzentrierten sich zunehmend, wenn auch nicht ausschließlich, auf innerafrikanische Probleme wie Korruption. Auf die Diskussionen über internationale Rohstoffabkommen in den 1950er bis 1970er Jahren, die stabile Preise im beiderseitigen Interesse von Erzeuger- und Verbraucherländer garantieren sollten (Custers/Matthysen 2009: 66) und Lomé I (STABEX) im Jahr 1975, das ebenfalls noch auf stabile Rohstoffpreise (hauptsächlich für landwirtschaftliche Güter) abzielte, folgte eine etwa drei Jahrzehnte andauernde Phase, in der Europa seine Interessen immer unmissverständlicher durchsetzte. SYSMIN wurde 1979 im Rahmen von Lomé II noch als uneigennütziges Bemühen

dargestellt, stabile Rohstoffpreise in den Entwicklungsländern zu garantieren, doch bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass es im Gegensatz zu seinem Vorgänger STABEX nur auf die Sicherung einer stabilen Rohstoffproduktion abzielte, was vor allem im Interesse der europäischen Industrie lag (Ravenhill 1985: 129–132; Frøland/Ingulstad 2019: 314). Das Abkommen von Cotonou im Jahr 2000, das Lomé IV ablöste, zielte dann darauf ab, die Präferenzbehandlung der AKP-Staaten gänzlich aufzuheben. Tatsächlich war diese Präferenzbehandlung durch die EU (nicht zu verwechseln mit dem *Generalized System of Preferences*) nie mit dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) von 1948 vereinbar gewesen. Doch erst 1993, am Beispiel der Präferenzen der EU für Bananenimporte, wurde die Präferenzbehandlung als unvereinbar mit Artikel I des GATT (FAO 2020) befunden. Daraufhin wurden der EU von der neu gegründeten WTO Ausnahmen („waivers“) zugebilligt, die sie ab 2007 nicht mehr verlängerte. Gleichzeitig haben die europäischen Regierungen begonnen, Marktliberalisierung und Privatisierung mit bilateralen Investitionsabkommen und Entwicklungszusammenarbeit zu verknüpfen, zum Beispiel im Rahmen der HIPC-Initiative (*Heavily Indebted Poor Countries*) der Weltbank oder der EPAs. Im Jahr 2018 änderte die europäische Regierung auch die so genannte "Lesser Duty Rule" (EU-Verordnung 2018/825), die nun besondere Formen von Exportbeschränkungen als Dumping behandelt.¹⁴

5. Conclusio

Die langfristigen Folgen der Krise der *Chain Governance* der 1970er Jahre waren für die meisten afrikanischen Staaten verheerend. Die Schuldenkrise der 1980er Jahre führte - nach dem Volcker-Schock¹⁵ - zu einem steigenden Volumen der Primärgüterproduktion, was die Hauptursache für einen erneuten Rückgang der Terms of Trade war (Agnew/Grant 1996: 730; Ross 1999: 302). Dies führte zu Strukturanpassungen und resultierte im so genannten "verlorenen Jahrzehnt". Die meisten Regime waren von wenigen Rohstoffen abhängig¹⁶ und verloren einen beträchtlichen Teil der Staatseinnahmen als die Preise fielen und die Bergbauaktivitäten von politisch „problematischen“ Ländern in OECD-Länder verlagert wurden (cf. Grégoire 2011: 211). Dies löste zahlreiche politisch-ideologische Kehrtwenden aus. Nach einer Phase der Verstaatlichungen in den 1960er und 1970er Jahren sahen sich immer mehr afrikanische Regierungen gezwungen, Bergbauunternehmen zu reprivatisieren und Bergbaugesetze zu liberalisieren. Auf der Grundlage der "Strategie für den afrikanischen Bergbau" der Weltbank (World Bank Group 1992) liberalisierten die meisten afrikanischen Länder ihre Rahmenbedingungen für den Bergbau, ohne breitere Industriestrategien zu entwickeln. Dies betraf z.B. die DRC, Ghana, Guinea, Madagaskar, Mali, Tansania, Sambia, Sierra

¹⁴ Interessanterweise zeigen die Diskussionen im Foreign Affairs Council (2014), dass Deutschland und viele andere reiche EU-Länder gegen die Änderung dieser Regel waren, weil sie den "free market exchange" nicht gefährden wollten und Vergeltungsmaßnahmen der rohstoffexportierenden Staaten befürchteten.

¹⁵ In einem Interview mit Leo Panitch und Sam Gindin erklärte Paul Volcker, dass "Africa was not even on my radar screen" (Bond 12.11.2008). Die beiden Interviewer unterstreichen jedoch die Bedeutung des Volcker-Schocks für den Aufstieg des Neoliberalismus und Volckers Absicht, to "break the morale of labour" (Panitch/Gindin 04.01.2013).

¹⁶ Mitte der 1990er Jahre generierten 27 afrikanische Staaten 75% ihrer Exporteinnahmen aus einem oder zwei Rohstoffen (Agnew/Grant 1996: 738).

Leone und Simbabwe (Bäuerle et al. 2011: 9; Global Policy Forum Europe 2011: 1; Open Society Institute of Southern Africa et al. 2009: 7; Remy 2003: 13; Windfuhr 2004: 13–14).¹⁷ Anfang der 2000er Jahre schien dieser Prozess in eine nächste "Runde" zu gehen, mit neuen Höchstständen bei den Rohstoffpreisen und damit einer neuerlichen Machtverschiebung zu den rohstoffproduzierenden Staaten. Doch nicht zuletzt, weil die Folgen der Subprime-Krise zu einem recht kurzen Neuverhandlungsfenster (etwa von 2004–14) führten, wurden die räumlichen Beziehungen und Handelsstrukturen in den 2000ern weit weniger hinterfragt als in den 1960er und 1970er Jahren (cf. Maier 2006: 49–51; Asche 2015). Waren letztere geprägt vom Ende der Kolonialreiche und von panafrikanischen Projekten,¹⁸ so wurden räumliche Zusammenhänge in den 2000ern noch nicht in Frage gestellt (Engel/Middel 2005: 21–29). Aus Sicht der rohstoffexportierenden Staaten handelt es sich also zunächst in den 2000ern weniger um eine globalhistorische "Bruchzone der Globalisierung" (Engel/Middel 2005: 21–29; Middell/Naumann 2010: 168) als um eine spät einsetzende Intensivierung der Globalisierung. Der afrikanische Kontinent war nicht zuletzt deshalb bis in die 2000er in die Globalisierung, im Sinne höherer grenzüberschreitender Geldflüsse, eher wenig eingebunden (cf. Ohmae 1985), weil die Rohstoffmärkte gesättigt waren. Mit dem neuerlichen Rohstoffboom und dem Aufstieg der BRICS-Länder und anderer Schwellenländer kam es dann sehr plötzlich zu einer Vervielfachung von (potenziellen) Investor*innen und Entwicklungspartner*innen. Der daraus resultierende politische Handlungsspielraum wurde jedoch nur von einer kleinen Zahl afrikanischer Staaten genutzt, deren Staatskapazität hoch genug war, um dem deterritorialisierenden Effekt dieser Vervielfachung wirtschaftlicher und politischer Einflussnahme zu widerstehen. Da die meisten afrikanischen Budgets größtenteils aus Entwicklungszusammenarbeit und den Exporteinnahmen aus mehreren Rohstoffen bestehen (Agnew/Grant 1996: 738; Taylor 2014: 128), die zumeist von ausländischen Unternehmen kontrolliert werden, führte diese Multiplikation von Investor*innen eher zu einer weiteren territorialen Fragmentierung, die eine kohärente Entwicklung von Infrastruktur und sozialen Diensten eher verhinderte (vgl. Debatten zu Regimekomplexität in abschnitt 2; Jacobs 2012: 36; cf. Taylor 2014: 125–126).¹⁹ Aus dieser Sicht hängen die Hoffnungen auf eine so genannte "afrikanische Renaissance" (The Economist 3.12.2011) oder auf eine "Bifurkation" (Magrin 2013: 362), die während des Rohstoffbooms in den Medien sehr prominent waren, stark von Prozessen der "Reterritorialisierung" (Brenner 1999) ab, also von einer erneuten Konvergenz des wirtschaftlichen und politischen (oder demokratischen) Raums (Becker 2003: 67–

¹⁷ Viele dieser jeweiligen Regelungen traten kurz vor dem neuen Bergbauboom Mitte der 2000er Jahre in Kraft. Während Ghana seine Politik bereits in den 1980er Jahren geändert hatte (Windfuhr 2004: 14), erließ Tansania 1997 ein neues Bergbaugesetz, die DRK liberalisierte 2001 erheblich und Sierra Leone veröffentlichte erst 2003 im Rahmen des HIPC-Prozesses eine neue "Core Mineral Policy" (cf. Open Society Institute of Southern Africa et al. 2009: 1–10).

¹⁸ Die panafrikanische Bewegung war von kurzer Dauer und hat koloniale Grenzen nur in sehr geringem Ausmaß verändert. In den 1960er und 70ern entstanden jedoch auch die SADC, die ECOWAS und die East African Community (EAC).

¹⁹ Taylor nennt den fortgesetzten Austausch von Rohstoffen gegen Industriegüter eine "diversification of dependency" (Taylor 2014: 131).

71; Beckert 2017: 1170; cf. Maier 2006: 49–55).²⁰ Insbesondere wenn man berücksichtigt, dass die meisten Errungenschaften der "Rohstoffrevolten" der 1960er/70er Jahre in den 1980er/90er Jahren wieder rückgängig gemacht wurden, scheinen die gegenwärtigen Chancen für einen Strukturwandel auf dem afrikanischen Kontinent noch recht gering zu sein (Taylor 2014: 127–131).²¹

Dieses wiederholt überschätzte afrikanische Vermögen, die internationale Arbeitsteilung zu verändern, spiegelt sich in einer Kontinuität ideologischen Denkens wider, die sich in den europäischen Reaktionen auf die Ressourcenkrisen der 1970er und 2000er Jahre erkennen lässt. Das zentrale europäische Strategiepapier der 2000er (European Commission 2008) mit dem Titel "Die Rohstoffinitiative — Sicherung der Versorgung Europas mit den für Wachstum und Beschäftigung notwendigen Gütern" hat viel mit dem zentralen Strategiepapier der 1970er Jahre gemein (Commission of the European Communities 1975; Buijs/Sievers 2012: 202). Viele Maßnahmen der 1970er Jahre sind in den 2000er Jahren wiederaufgetaucht und viele Pläne der 1970er Jahre wurden erst in den 2000er Jahren umgesetzt. Dies betrifft private Schiedsgerichte, die übrigens in den frühen 1970er Jahren von den lateinamerikanischen Ländern noch vehement abgelehnt worden waren (World Bank 1977); den Aufstieg privater Akteur*innen als Entscheidungsträger*innen (z.B. legitimiert durch „Corporate Social Responsibility“ und die Professionalisierung von NGOs); öffentlich-private *Joint Ventures* im Bergbau; Privatisierung (in den 2000er Jahren z.B. im Rahmen der HIPC-Initiative); Steuerhinterziehung durch "Finanzinnovation" (als Reaktion auf höhere Steuern der rohstoffexportierenden Staaten konzipiert); die Deterritorialisierung der Produktionsnetzwerke; und das Ende der Nichtreziprozität im Cotonou-Abkommen von 2000, das nach Raffer "ein entscheidender Schritt zur Wiederherstellung der Situation war, die die EWG ursprünglich bei der Aushandlung des ersten Lomé-Abkommens gewollt hatte" (Raffer 2002; cf. Whiteman 2017: 46).

Die Antworten der EU auf die „Rohstoffrevolten“ der 1970er und der 2000er Jahre erhöhten sukzessive die Komplexität der Beziehungen zwischen der EU und Afrika: Der intra-imperiale Austausch von Ressourcen gegen Fertigerzeugnisse wurde durch globale Produktionsnetzwerke ersetzt, die Lomé-Abkommen wichen bilateralen Freihandels- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, eine höhere und effektivere Besteuerung von Bergbau wurde durch noch mehr Investitionen in "Finanzinnovationen" beantwortet, und nationale Entscheidungskompetenzen wurden zunehmend an internationale Finanzinstitutionen und Privatunternehmen (CSR) ausgelagert.

In der Zeit zwischen den 1930er und 1950er Jahren legten vergleichsweise konsolidierte Räume wie das britische und das französische Empire einen starken Akzent auf eine "Politik der imperialen

²⁰ Maiers Diskussion der wachsenden Inkongruenz von „decision space“ und „identity space“ zielt auf die Idee eines untergehenden Nationalstaates ab. Ausgehend von dieser Unterscheidung beweist Maier eine erstaunliche Weitsicht in Bezug auf die Trennung der westlichen Demokratien in Globalisten und Territorialisten, lässt den Leser aber ziemlich hilflos zurück, wenn es um die Möglichkeiten geht, die beiden Räume wieder stärker miteinander in Verbindung zu setzen.

²¹ Taylor spricht in diesem Zusammenhang von Reprimarisierung statt Diversifizierung. Vgl. mit "structural disarticulation", die laut Shivy dazu führt, dass "what is produced is not consumed and what is consumed is not produced" (Shivy 2009: 59).

Autarkie" (Daviron/Ponte 2005: 85). Frankreich begann damit später, ging aber viel weiter als sein Rivale (ibid.), zumindest was die Planung eines solchen Wirtschaftsraums betraf (cf. Amin 1973: XI). Nach der Gründung der EWG und der afrikanischen Unabhängigkeitswelle Anfang der 1960er Jahre erfolgte eine Reorientierung auf "aid for trade", was sich auch im Hinblick auf die politische Kontrolle als wesentlich effizienter erwies. Im Vergleich zur kolonialen Ausbeutung waren die "Unterdrücker" (Sassen 2014: 14) jetzt viel weniger sichtbar (ibid.) und Kontrolle wurde zugleich wesentlich effizienter. Nach wie vor findet Zwang statt, aber selbst bei physischer Gewalt wird es immer schwieriger, die Verantwortlichen und ihre Ziele zu erkennen.

In den 2000er Jahren wurde ein großer Teil der diskursiven Legitimation für diese anhaltende (neoliberale) "Komplexifizierung" durch das zunehmende Einfordern von "Transparenz" gewährleistet. Die wirkmächtige normative Idee einer "gerechten" internationalen Arbeitsteilung, die noch in den 1970er Jahren im Zentrum der Forderungen nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung gestanden hatte, wurde weitgehend durch die Idee der Transparenz ersetzt. Man könnte in diesem Sinne argumentieren, dass dieselbe (sehr heterogene) Gruppe von Akteur*innen, die die Komplexität der EU-Afrika-Beziehungen erhöhte, um ihren Einfluss zu verstetigen bzw. wiederzuerlangen, auch auf mehr Transparenz drängte, sowohl als Legitimationsmittel als auch als pragmatische Antwort auf die dadurch verursachten Probleme. Diese Entwicklung wurde von bestimmten Akteur*innen sehr wohl auch bewusst vorangetrieben – etwa in der Finanzwirtschaft, deren Dominanz ab den 1980er Jahren auch die Handlungslogiken der großen Bergbaukonzerne radikal veränderte (Larrue 1997: 277). Das bedeutet jedoch nicht, dass „Komplexifizierung“ nur aufgrund dieser zum Teil vorhandenen Intentionalität stattgefunden hat. Vor allem bei der dargestellten Restrukturierung der Produktionsnetzwerke ging es sehr oft auch schlicht um „billigere“ Produktion – sehr oft jedoch sehr wohl in Verbindung mit staatlicher Förderung für Weiterverarbeitung in Europa.

In den hier untersuchten Arenen führte das Transparenzparadigma unter anderem zum Aufstieg der Nachhaltigkeitsberichterstattung als Teil der CSR, der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI), der Europäischen Konfliktmineralienverordnung und zu verschiedenen Zertifizierungssystemen (z.B. dem Kimberley-Prozess für Diamanten, der ITRI Tin Supply Chain Initiative, oder der Aluminium Stewardship Initiative). Zudem hat die Transparenz europäischer Gesetzgebungsverfahren in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht, insbesondere in Bezug auf Lobbying. Lobbying hat nicht abgenommen, wird aber viel umfangreicher dokumentiert und kontrolliert. All diese Initiativen und Instrumente haben viele positive Konsequenzen. Das Leitmotiv der Gerechtigkeit der 1970er Jahre ist jedoch im selben Zeitraum immer unbedeutender geworden, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, und im speziellen in den EU-Afrika-Beziehungen.

Gegenwärtige Entwicklungen zeigen jedoch, dass diese europäische Reaktion auf die Krise der *Chain Governance* im Rohstoffsektor an ihre Grenzen stößt. Der Aufstieg Chinas in den 2000ern weist viele Parallelen zum Aufstieg der USA vom Rohstofflieferanten zu Industriemacht im 19. Jh. auf, vor allem hinsichtlich der Auswirkungen auf den afrikanischen Kontinent. Der erste „Scramble for Africa“ wurde in einer ähnlichen Weise von der „Amerikanischen Gefahr“ (Beckert 2017) ausgelöst, wie der

„New Scramble for Africa“ vom heutigen "China threat" (Ayers 2013: 228). Unter Trump schien sich zudem wie Ende des 19. Jhs. ein Rollentausch in Bezug auf Freihandel abzuspielen. Während China das Freihandelsregime zumindest formell akzeptierte und sich den Entscheidungen der WTO auch beugte (WTO 2013), begann Trump sofort mit der Demontierung der Welthandelsorganisation. China fügte sich nicht umstandslos in seine neue Rolle, sondern hatte aus den Exportrestriktionen der 2000er auch Lehren gezogen, die sich aus seiner neuen Position als Weltfabrik ergaben. Als das chinesische Zentralkomitee in den 2000ern durch Exportrestriktionen die Krise der *Chain Governance* in den alten Industriestaaten auslöste, bekam es sehr bald einen Bumerang-Effekt zu spüren, der eben dieser sich verschiebenden Position im Weltsystem geschuldet war. Wenige Jahre nach China verhängte unter anderem auch Indonesien Exportbeschränkungen für Rohstoffe, die wiederum Chinas weiterverarbeitende Industrie betrafen (Knierzinger 2018: 51).

Es mehren sich damit die Anzeichen, dass auch China einem globalhistorischen Muster folgen könnte, das spätestens seit dem 19. Jh. ausgemacht werden kann: Je dominanter eine Weltmacht, desto stärker setzt sie sich für Freihandel ein (cf. Koivu 2017; Frøland/Ingulstad 2019: 319). Die Welle des Rechtspopulismus in den alten Industriestaaten verweist komplementär dazu auf eine gegenläufige Entwicklung. Gegenwärtige Fortschritte in Bezug auf Sozial- und Umweltstandards im internationalen Handel, die vor einigen Jahren noch undenkbar waren (siehe die Debatten zum Lieferkettengesetz oder die europäische Agrar- und Klimapolitik), lassen sich auch aus diesem Blickwinkel interpretieren: Es war nicht nur der Erfolg der „Zivilgesellschaft“, und im besonderen der globalisierungskritischen Bewegung, die jahrelang auf diesen Sinneswandel hingearbeitet hatte; auch der steigende Nationalismus im Windschatten des Aufstiegs von China und anderen Schwellenländern spielt eine entscheidende Rolle für die gegenwärtige Rekalibrierung des „Washington Consensus“. Auch der schon oftmals totgesagte Traum von Eurafika (Hansen/Jonsson 2014) scheint in diesem Zusammenhang wieder aufzuerstehen. Das 2019 in Kraft getretene Abkommen über die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone wurde von europäischer Seite unter anderem mit dem Vorschlag einer „Euro-African economic area“ beantwortet. Der ehemalige belgische Premier Guy Verhofstadt forderte eine solche Freihandelszone explizit, „to be able to rival with China“ (Verhofstadt 2018). Bedenkt man den enormen Rohstoffbedarf für die sozial-ökologische Transformation, so überraschen diese zunehmend geopolitischen Töne nicht.

Als letztes Beispiel für ein Infragestellen von Komplexifizierung als Herrschaftsstrategie seien die sich wandelnden Firmenstrategien genannt. Mit den Lieferkettengesetzen in Frankreich, Deutschland, und vielleicht bald in der gesamten europäischen Union, beginnt sich gegen die freiwillige *Corporate Social Responsibility* langsam aber stetig eine lange erwartete *Corporate Accountability* durchzusetzen: Unternehmen werden zunehmend für Produktionsbedingungen im Ausland verantwortlich gemacht und können nun auch gerichtlich belangt werden. Die bisherigen Mechanismen waren im Vergleich dazu zahnlos (Knierzinger/Hartmann 2021). Dies bewirkt eine neuerliche vorausschauende Umgestaltung der Produktionsnetzwerke durch die transnationalen Konzerne: Auf eine 40 Jahre andauernde Auslagerungsstrategie folgt in vielen Bereichen eine Reintegration von Produktionsschritten (siehe etwa die geplante Produktion von Autobatterien in Spanien).

Die Corona-Pandemie bewirkte nichtzuletzt auch auf Seiten der Verbraucher*innen ein Umdenken. Die wirtschaftsliberale Grundannahme, dass mehr soziale Komplexität zu mehr Wohlstand führt, wird zunehmend in Frage gestellt. Abgesehen von sicherheitsbezogenen Argumenten wird vor allem der Klimawandel ein immer wichtigeres Argument für eine proaktive und demokratische Deglobalisierung von Produktionsnetzwerken. Die Konsequenzen eines solchen potentiellen Sinnsewandels für den afrikanischen Kontinent sind jedoch schwer abzuschätzen: Auch wenn die "post-territoriale" Ordnung (Maier 2000), die sich seit der zweiten Welle der Globalisierung in den 1960er/70er Jahre etabliert hat, in vielen Teilen der Welt wieder durch stärker territorialisierte Formen der Kontrolle ersetzt werden sollte, ist es höchst ungewiss, welche ideologischen Veränderungen sich aus diesem Comeback der nationalen Eliten ergeben werden, und mehr noch, wie sich das auf afrikanische Lebensverhältnisse und den Handlungsspielraum afrikanischer Regierungen auswirken wird.

Literaturverzeichnis

- Abramovici, Pierre/Stoker, Julie (2004): United States. The New Scramble for Africa. In: *Review of African Political Economy* 31(102), 685–690.
- Agnew, John/Grant, Richard (1996): Representing Africa. The Geography of Africa in World Trade, 1960-1992. In: *Annals of the Association of American Geographers* 86(4), 729–744.
- Alter, Karen J./Meunier, Sophie (2009): The Politics of International Regime Complexity. In: *Perspectives on Politics* 7(1).
- Amin, Samir (1973): *Neo-Colonialism in West Africa*. Harmondsworth, Penguin.
- Asche, Helmut (2015): Wieder auf dem Boden. Die dritte Phase afrikanischer Wachstumserwartungen. In: *Afrikaspectrum* 50(3), 123–138.
- Auster, Richard D. (1974): The GPITPC and institutional entropy. In: *Public Choice* 19, 77–83.
- Ayers, Alison J. (2013): Beyond Myths, Lies and Stereotypes. The Political Economy of a 'New Scramble for Africa'. In: *New Political Economy* 18(2), 227–257.
- Bair, Jennifer (2010): Globaler Kapitalismus und Güterketten. Rückblick und Ausblick. In: Fischer, Karin/Reiner, Christian/Staritz, Cornelia (Hg.): *Global Güterketten - Weltweite Arbeitsteilung und ungleiche Entwicklung*. Wien: Promedia, 24–43.
- Bäuerle, Lukas/Behr, Maria/Hütz-Adams, Friedel (2011): Im Boden der Tatsachen. Metallische Rohstoffe und ihre Nebenwirkungen. Siegburg: Südwind e.V.
- Becker, Joachim (2003): Beiderseits des Rheins. Regulationstheorie und emanzipatorische Politik. In: Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hg.): *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 58–76.
- Beckert, Sven (2017): American Danger. United States Empire, Eurafrika, and the Territorialization of Industrial Capitalism, 1870–1950. In: *The American Historical Review* 122(4), 1137–1170.
- Bierschenk, Thomas (2010): States at Work in West Africa. Sedimentation, Fragmentation and Normative Double-Binds. Mainz, Institut für Ethnologie und Afrikastudien der Johannes Gutenberg-Universität. Arbeitspapiere/ Working Papers No. 113.
- Bond, Patrick (2008): Against Volcker. In: *CounterPunch* vom 12.11.2008.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Wissen, Markus (2007): Verdichtungen zweiter Ordnung. Die Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulantzianischen Perspektive. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 147(2), 217–234.
- Brenner, Neil (1997): Globalisierung und Reterritorialisierung. Städte, Staaten und die Politik der räumlichen Redimensionierung im heutigen Europa. In: *WeltTrends* 17, 7–30.
- Brenner, Neil (1999): Globalization as Reterritorialization. The Re-scaling of Urban Governance in the European Union. In: *Urban Studies* 36(3), 431–451.
- Bridge, Gavin (2008): Global Production Networks and the Extractive Sector. Governing Resource-based Development. In: *Journal of Economic Geography* 8, 389–419.
- Buijs, Bram/Sievers, Henrike (2012): Limits to the Critical Rawmaterials Approach. In: *Proceedings of the Institution of Civil Engineers* 165(4), 201–208.
- Bunker, Stephen G./Ciccantell, Paul S. (1995): The Evolution of the World Aluminum Industry. In: Barham, Bradford /Bunker, Stephen G./O'Hearn, Denis (Hg.): *States, Firms, and Raw Materials. The World Economy and Ecology of Aluminium*. Madison: Univ. of Wisconsin Press, 39–62.
- Byrne, Dave S. (2014): *Complexity Theory and the Social Sciences. The State of the Art*. New York: Routledge.
- Byrne, Dave S. (2019): *Class after Industry. A Complex Realist Approach*. Cham: Palgrave Macmillan.
- Campbell, Bonnie (Hg.) (2004): *Regulating Mining in Africa. For whose benefit?* Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet.
- Campbell, Bonnie K. (2009): Guinea and Bauxite-Aluminium. The Challenges of Development and Poverty. In: Bonnie Campbell (Hg.): *Mining in Africa. Regulation & Development*. Ottawa: International Development Research Centre, 66–119.
- Carmody, Pádraig (2011): *The New Scramble for Africa*. Cambridge/Malden: Polity.
- Cattaneo, Olivier/Gereffi, Gary/Staritz, Cornelia (2010): *Global Value Chains in a Postcrisis World. A Development Perspective*. Washington/D.C: World Bank.
- CDU/CSU (2008): *A Security Strategy for Germany. Resolution of the CDU/CSU Parliamentary Group from May 6, 2008*.
- Commission des Communautés européennes (1975): *Accords par produits destinés à limiter les fluctuations excessives des prix*. In: COM 75(290). Florenz: Archives historiques de la commission.
- Commission of the European Communities (1975): *The Community's Supplies of Raw Materials*. COM (75) 50 final.

- Cox, Robert (1979): Ideologies and the New International Economic Order. Reflections on some Recent Literature. In: *International Organization* 33(2), 257–302.
- Crowson, Phillip/Francis, S. (1977): Non-fuel Minerals and Foreign Policy. Data base. In: *British Foreign Policy to 1985*. London: Royal Institute of International Affairs.
- Crowson, Phillip (2008): *Mining Unearthed*. London: Aspermont UK.
- Crozier, Michel/Huntington, Samuel P./Watanuki, Joji (1975): *The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*. New York: New York University Press.
- Custers, Raf (2013): *Chasseurs de matières premières*. Brussels: Couleur livres.
- Custers, Raf/Matthysen, Ken (2009): *Africa's Natural Resources in a Global Context*. Antwerp: International Peace Information Service (IPIS).
- Daviron, Benoit/Ponte, Stefano (2005): *The Coffee Paradox. Global Markets, Commodity Trade and the Elusive Promise of Development*. London: Zed Books.
- Dicken, Peter/Kelly, Philip F./Olds, Kris/Wai-Chung Yeung, Henry (2001): Chains and Networks, Territories and Scales. Towards a Relational Framework for Analysing the Global Economy. In: *Global Networks* 1(2), 89–112.
- Dreidemy, Lucile/Knierzinger, Johannes (2020): *EU-Africa Relations During the Resource Crises of the 1960s/70s and the 2000s. Preliminary Results of an Ongoing Study*. Center for European Studies at Harvard University Open Forum Series No. 42, <https://ces.fas.harvard.edu/uploads/publications/Working-Paper-Knierzinger-Dreidemy-Septembr-2020.pdf>
- Drezner, Daniel W. (2009): The Power and Peril of International Regime Complexity. In: *Perspectives on Politics* 7(1), 65–70.
- Economic Commission for Africa/African Union (2013): *Making the Most of Africa's Commodities. Industrializing for Growth, Jobs and Economic Transformation. Economic Report on Africa 2013*. Addis Ababa.
- Engel, Ulf/Middel, Matthias (2005): Bruchzonen der Globalisierung, globale Krisen und Territorialitätsregimes. Kategorien einer Globalgeschichtsschreibung. In: *Comparativ* (15), 5–38.
- European Commission (1979): The Main Provisions of the New ACP-EEC Convention. In: *The ACP-EEC Courier* 58, 26–34.
- European Commission (2008): *The Raw Materials Initiative — Meeting our Critical Needs for Growth and Jobs in Europe*. Communication from the Commission to the European Parliament and the Council {SEC(2008) 2741}.
- European Commission (2010): *Critical Raw Materials for the EU. Report of the Ad-hoc Working Group on Defining Critical Raw Materials*.
- European Commission (2011): *Tackling the Challenges in Commodity Markets and on Raw Materials*. Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. COM(2011) 25 final. Brussels.
- European Commission (2012): *WTO Case on Export Restrictions of Raw Materials in China*. MEMO/12/58.
- European Commission (2019): *Report from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions on the Implementation of the Circular Economy Action Plan*. {COM(2019) 190 final}.
- FAO (2020): *The Status of Trade Preferences in WTO*. Online verfügbar unter <http://www.fao.org/3/y2732E/y2732e08.htm#fnB25>.
- Ferguson, James (1999): *Expectations of Modernity. Myths and Meanings of Urban Life on the Zambian Copperbelt*. Berkeley: University of California Press.
- Ferguson, Niall (2010): Complexity and Collapse. In: *Empires on the Edge of Chaos* 89(2), 18–32.
- Ferguson, Niall (2016): *Simplifiers v. Complicators*. The Boston Globe vom 03.10.2016.
- Foreign Affairs Council (2014): *Public Session Friday, 21 November 2014 10:25 CET*. Online verfügbar unter <https://video.consilium.europa.eu/en/webcast/db6b976e-244b-4ddb-89a0-517d02ed1dcd>.
- Frankfurt, Harry (2005): *On Bullshit*. Princeton: Princeton University Press.
- Frøland, Hans Otto/Ingulstad, Mats (2019): Europe Cannot Engage in Autarchical Policies: European Raw Materials Strategy from 1945 to the Present. In: Sanders, A./Sandvik, P./Storli, E. (Hg.): *The Political Economy of Resource Regulation. An International and Comparative History, 1850-2015*. Vancouver: University of British Columbia Press, 302–326.
- Gidron, Noam/Hall, Peter (2017): The Politics of Social Status: Economic and Cultural Roots of the Populist Right. In: *British Journal of Sociology* 68(1), S57-S84.
- Global Policy Forum Europe (2011): *Anforderungen an eine zukunftsfähige Rohstoffstrategie. Stellungnahme zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Rohstoffstrategie der Bundesregierung*. Bonn.
- Gordon, Michael R. (1981): Will the US be left Vulnerable if a Resource War Breaks Out? In: *National Journal* 13(16), 641–644.

- Gabel, Ilene (2017): *When Things Don't Fall Apart: Global Financial Governance and Developmental Finance in an Age of Productive Incoherence*. Cambridge, Massachusetts: MIT Press.
- Graeber, David (2018): *Bullshit Jobs*. New York: Simon & Schuster.
- Graham, Ronald (1982): *The Aluminium Industry and the Third World. Multinational Corporations and Underdevelopment*. London: Zed Press.
- Grégoire, Emmanuel (2011): Niger: un Etat à forte teneur en uranium. In: *Hérodote* 142, 206–225.
- Grillo, Ulrich (2007): *Die Erwartungen der Industrie an eine strategische Rohstoffpolitik*. Berlin: BDI.
- Habermas, Jürgen (1985): *Die neue Unübersichtlichkeit. Kleine politische Schriften V*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Habig, Gutmann (1983): *Möglichkeiten und Grenzen einer Kontrolle internationaler Rohstoffmärkte durch Entwicklungsländer. Das Beispiel des Kupfer- und Aluminiummarktes*. Hamburg: Weltarchiv.
- Hansen, Peo/Jonsson, Stefan (2014): *Eurafrica. The Untold History of European Integration and Colonialism*. London/New Delhi/New York/Sydney: Bloomsbury.
- Henning, C. Randall (2019): Regime Complexity and the Institutions of Crisis and Development Finance. In: *Development and Change* 50(1), 24–45.
- Hibou, Béatrice (1999): La « décharge », nouvel interventionnisme. In: *Politique Africaine* 73(1), 6–15.
- Humphreys, David (2013): Minerals. Industry History and Fault Lines of Conflict. In: Dannreuther, R./Ostrowski, W. (Hg.): *Global Resources. Conflict and Cooperation*. New York: Palgrave Macmillan, 33–59.
- Huy, Dieter (2013): *Deutschland. Rohstoffsituation 2012*. Hannover: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe.
- IMF Direct (2018): *How the Commodity Boom Helped Tackle Poverty and Inequality in Latin America*. Online verfügbar unter <http://search.proquest.com/docview/2057436218/>.
- Inglehart, Ronald/Norris, Pippa (2017): Trump and the Populist Authoritarian Parties. *The Silent Revolution in Reverse*. In: *Perspectives on Politics* 15(2), 443–454.
- Jacobs, An (2012): Africa's Sore Spot Regional Conflicts Across the Middle and Horn. In: Möckli, Daniel (Hg.). *Strategic Trends. Key Developments in Global Affairs*. Zürich: ETH- Center for Security Studies, 35–54.
- Jäger, Johannes/Leubolt, Bernhard (2011): Reprimarisierung als neue Entwicklungsstrategie in Lateinamerika. In: *Kurswechsel* (3), 59–69.
- Kaplinsky, Raphael (2006): Revisiting the Revisited Terms of Trade. Will China Make a Difference? In: *World Development* 34(6), 981–995.
- Katz-Lavigne, Sarah G. (2017): The Renegotiation Window. Resource Contract Renegotiations in the Mining Industry in Africa from 2000 to 2013. In: *Resources Policy* 51, 22–30.
- Knierzinger, Johannes (2016): Après le boom : la laborieuse mise en œuvre de nouvelles régulations dans le secteur minier guinéen. In: *EchoGéo* 38.
- Knierzinger, Johannes (2018): *Bauxite Mining in Africa. Transnational Corporate Governance and Development*. Cham: Palgrave Macmillan.
- Knierzinger, Johannes/Hartmann, Kathrin (2021): Exkurs. Menschenrechtsverletzung beim Bauxitabbau in Guinea. In: Fischer, Karin/Reiner, Christian/Staritz, Cornelia (Hg.): *Globale Warenketten und ungleiche Entwicklung*. Wien: Mandelbaum.
- Koivu, Tuuli (2017): *Trade Liberalization at a Crossroads. The US and China Play Key Roles*. FIIA Briefing Paper 221/2017. Helsinki: The Finnish Institute of International Affairs.
- Kragelund, Peter (2017): The Making of Local Content Policies in Zambia's Copper Sector: Institutional Impediments to Resource-led Development. In: *Resources Policy* 51, 57–66.
- Küblböck, Karin (2014): Can 'Undistorted Access' Lead to Inclusive Development? The EU Raw Materials Initiative and Possible Effects upon Resource-Based Development in Africa. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 30(3), 89–105.
- Lanning, Greg/Mueller, Marti (1979): *Africa Undermined. Mining companies and the Underdevelopment of Africa*. Harmondsworth: Penguin.
- Larrue, Jacques (1997): *Fria en Guinée. Des aspects humains d'une industrialisation différente*. Paris: Karthala.
- Le Bureau du Président de la République de Guinée (2013): *Republic of Guinea, Mubadala and DUBAL Agree Development Approach for Guinea Alumina Corporation*. Press release of the Republic of Guinea. Conakry.
- Lee, Bernice/Preston, Felix/Kooroshy, Jaakko/Bailey, Rob/Lahn, Glada (2012): *Resources Futures. A Chatham House Report*. London.
- Leendertz, Ariane (2019): Amerikanische Policy-Forschung, Komplexität und die Krise des Regierens. Zur gesellschaftlichen Einbettung sozialwissenschaftlicher Begriffsbildung. In: *Berichte Zur Wissenschaftsgeschichte* 42(1), 43–63.

- Ludermann, Bernd (2004): Keine Chance für Demokratie. Wie der Westen nach 1960 eine Diktatur etablierte. In: Ludermann, Bernd/Keiper, Martin (Hg.): Kongo. Geschichte eines geschundenen Landes. Hamburg: Evangelisches Missionswerk in Deutschland, 52–79.
- Lukas, Karin/Plank, Leonhard/Staritz, Cornelia (2009): Securing Labour Rights in Global Production Networks. Legal Instruments and Policy Options. Wien: Arbeiterkammer Wien.
- Magrin, Géraud (2013): Voyage en Afrique rentière. Territoires en mouvements 2. Paris: Publications de la Sorbonne.
- Maier, Charles S. (2000): Consigning the Twentieth Century to History. Alternative Narratives for the Modern Era. In: The American Historical Review 105(3), 807–831.
- Maier, Charles S. (2006): Transformations of Territoriality 1600-2000. Space, Place, Territory. In: Gunilla-Friederike, Budde (Hg.): Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 32–55.
- Maier, Charles S. (2018): The New Spirit of the Laws. Presented at the Weatherhead Initiative on Global History, Harvard University, 15.10.2018.
- Mandelson, Peter (2009): The Challenge of Raw Materials. Presented at the Brussels, Trade and Material Conference, 29.09.2009.
- Mann, Michael (2003): Incoherent Empire. London: Verso.
- Mbembe, Achille (1999): Du gouvernement privé indirect. In: Politique Africaine 73, 103–121. (abgerufen am 06.08.2013).
- Melber, Henning (2009): Global Trade Regimes and Multi-polarity. The US and Chinese Scramble for African Resources and Markets. In: Southall, Roger/Melber, Henning (Hg.): A New Scramble for Africa? Imperialism, Investment and Development. Scottsville/Kwazulu-Natal: University of KwaZulu-Natal Press, 56–82.
- Middell, Matthias/Naumann, Katja (2010): Global History and the Spatial Turn. From the Impact of Area Studies to the Study of Critical Junctures of Globalisation. In: Journal of Global History 5, 149–170.
- Nye, Joseph (1990): Bound to lead. The changing nature of American power. New York: Basic Books.
- OECD (2015): The Observatory of Economic Complexity. Online verfügbar unter <https://atlas.media.mit.edu/en/> (abgerufen am 23.09.2015).
- Ohmae, Kenichi (1985): Triad power. The coming shape of global competition. New York: Free Press.
- Open Society Institute of Southern Africa et al. (2009): Breaking the Curse. How Transparent Taxation and Fair Taxes Can Turn Africa's Mineral Wealth into Development. Johannesburg.
- Panitch, Leo/Gindin, Sam (2013): The New American Paradox. Capital v Labour. In: The Guardian vom 04.01.2013.
- Pichler, Melanie/Staritz, Cornelia/Küblböck, Karin/Plank, Christina/Raza, Werner/Ruiz Peyré, Fernando (Hg.) (2016): Fairness and Justice in Natural Resource Politics. London: Routledge.
- Prichard, Wilson (2009): The Mining Boom in Sub-Saharan Africa. Continuity, Change and Policy Implications. In: Southall, Roger/Melber, Henning (Hg.): A New Scramble for Africa? Imperialism, Investment and Development. Scottsville/Kwazulu-Natal: University of KwaZulu-Natal Press, 240–273.
- Radetzki, Marian (2010): A Handbook of Primary Commodities in the Global Economy. Cambridge: Cambridge University Press.
- Raffer, Kunibert (2002): Cotonou. Slowly Undoing Lomé's Concept of Partnership. In: Journal für Entwicklungspolitik 28(2), 171–184.
- Rangarajan, L.N. (1983): Commodity Conflict Revisited from Nairobi to Belgrade. In: Third World Quarterly 5, 586–609.
- Ravenhill, John (1985): Collective Clientelism. The Lomé Conventions and North-South Relations. New York: Columbia University Press.
- Raw Materials Supply Group (2005): Raw Materials Supply Group Fiches. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/growth/content/raw-materials-supply-group-fiches_en.
- Remy, Felix (2003): Mining Reform and the World Bank. Online verfügbar unter <https://documents1.worldbank.org/curated/en/511531468782172927/pdf/313750mining0reform0and0the0wb.pdf>
- République de Guinée (2013): Compagnie des Bauxites de Guinée. Historique en bref. Conakry.
- République française (2008): Défense et Sécurité nationale. Livre blanc. Les Débats. Paris, Odile Jacob.
- Ross, Michael L. (1999): The Political Economy of the Resource Curse. In: World Politics 51, 297–322.
- Rubbers, Benjamin (2017): Towards a Life of Poverty and Uncertainty? The Livelihood Strategies of Gécamines Workers after Retrenchment in the DRC. In: Review of African Political Economy 44(152), 189–203.
- Ruggie, John Gerard. (1975): Complexity, Planning, and Public Order. In: La Porte, Todd (Hg.): Organized Social Complexity. Princeton: Princeton University Press.

- Sassen, Saskia (2014): *Expulsions. Brutality and Complexity in the Global Economy*. Cambridge, Massachusetts: The Belknap Press of Harvard University Press.
- Schmidt, Helmut (1978): The 1977 Alastair Buchan Memorial Lecture 20(1), 2–10.
- Scott, James (1998): *Seeing Like a State. How Certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed*. New Haven: Yale University Press (Yale Agrarian Studies).
- Shafer, D. Michael (1986): *Undermined. The Implications of Mineral Export Dependence for State Formation in Africa*. In: *Third World Quarterly* 8(3), 916–952.
- Shivji, Issa (2009): *Accumulation in an African Periphery: A Theoretical Framework*. Dar es Salaam: Mkuki na Nyota Publishers.
- Southall, Roger/Melber, Henning (Hg.) (2009): *A New Scramble for Africa? Imperialism, Investment and Development*. Scottsville/Kwazulu-Natal: University of KwaZulu-Natal Press.
- Spiegel Online (2010): *Controversy Over Afghanistan Remarks. German President Horst Köhler Resigns*. Spiegel Online vom 31.05.2010.
- Taylor, Ian (2014): *Africa Rising? BRICS - Diversifying Dependency*. Oxford: James Curry.
- The Economist (2011): *The Hopeful Continent. Africa Rising*. Vom 03.12.2011.
- USGS (2019): *US Geological Survey*. Online verfügbar unter <http://minerals.usgs.gov/>.
- Verhofstadt, Guy (2018): *Let's Create a Single Euro-African Economic Area*. Online verfügbar unter <https://twitter.com/guyverhofstadt/status/1101432653881008128>.
- Walby, Sylvia (2003): *Complexity Theory, Globalisation and Diversity*. Paper presented to conference of the British Sociological Association, University of York. Leeds, University of Leeds.
- Weber, Max (1922): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*. Tübingen: Mohr.
- Weber, Max (1923): *Wirtschaftsgeschichte. Abriss der universalen Sozial- und Wirtschafts-geschichte*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Whiteman, Kaye (2017): *A History of the ACP-EU Relationship. The Origins and Spirit of Lomé*. In: Montoute, Annita /Virk, Kudrat (Hg.): *The ACP Group and the EU Development Partnership Beyond the North-South Debate*. Cham: Palgrave, 33–52.
- Williams, Alex (2020): *Political Hegemony and Social Complexity. Mechanisms of Power After Gramsci*. Cham: Springer.
- Windfuhr, Simone (2004): *Zweifelhafte Beratung. Der Einfluss der Weltbank auf Minengesetze in Afrika. Menschenrechtliche Anmerkungen*. Köln: FIAN.
- Witte, Ludo de (2001): *The Assassination of Lumumba*. London: Verso.
- World Bank Group (1992): *Strategy for African Mining*. World Bank Technical Paper No. 181.
- World Bank (1977): *Minerals and Energy in the Developing Countries*. Report No. 1588. Washington, D.C.
- WTO (2013): *Dispute Settlement. Dispute DS394 China - Measures Related to the Exportation of Various Raw Materials*.